



STADTKREIS
BADEN-BADEN

BEHÖRDENFÜHRER

Gerichte und Behörden

Stadtverwaltung Baden-Baden, Landgericht Baden-Baden, Amtsgericht Baden-Baden, Staatsanwaltschaft Baden-Baden, Arbeitsgericht Rastatt, Sozialgericht Karlsruhe, Verwaltungsgericht Freiburg im Breisgau, Notariat Baden-Baden I, II und III, Arbeitsamt Rastatt, Nebenstelle Baden-Baden, Eichamt Offenburg, Finanzamt Baden-Baden, Flurbereinigungsamt Offenburg, Gewerbeaufsichtsamt Freiburg im Breisgau, Kreiswehersatzamt Offenburg, Landwirtschaftsamt mit Schule, Polizeikommissariat Baden-Baden, Kriminalkommissariat Baden-Baden, Regierungsveterinär-

rat Rastatt, Staatliches Forstamt Baden-Baden, Staatliches Gesundheitsamt Baden-Baden, Staatliches Hochbauamt Baden-Baden I (Landesbauten und Bäder- und Kurverwaltung), Staatliches Hochbauamt Baden-Baden II (Bundesbauten), Staatliches Liegenschaftsamt Baden-Baden, Staatliche Milchwirtschaftliche Lehr- und Untersuchungsanstalt, Staatliches Schulamt Baden-Baden, Straßenbauamt Achern, Wasserwirtschaftsamt Offenburg, Wehrbereichsbekleidungsamt V Baden-Baden, Hauptzollamt Baden-Baden, Zollamt Baden-Baden Bahnhof, Zollkommissariat Baden-Baden.

Kirchliche Stellen

Evangelisches Dekanat Baden-Baden: Die Pfarreien von Baden-Baden,

Katholisches Dekanat Baden-Baden: Die Pfarreien von Baden-Baden.

Körperschaften des öffentlichen Rechts

Allgemeine Ortskrankenkasse Baden-Baden, Innungskrankenkasse Baden-Baden, Handwerkskammer Karlsruhe,

Nebenstelle Baden-Baden, Industrie- und Handelskammer Baden-Baden, Südwestfunk Baden-Baden. Bäder und Kurverwaltung Baden-Baden.

Wappenbeschreibung

In Gold ein roter Schrägbalken.

Deutung: Die namengebende Residenzstadt der Markgrafen und Großherzoge von Baden führt seit ihrer Gründung bis heute unverändert das badische Stamm- und Hauswappen.

Geschichtliches

Der Schwarzwaldrand weist mit einer keltischen Befestigung auf dem Battert die ersten Spuren einer Besiedlung auf. Den Römern waren die heißen Quellen von Baden-Baden Anziehungspunkt, bei denen sich der Hauptort einer Gaugemeinde bildete. Die Besiedlung der größten Teile des heutigen Stadtkreises gehört aber erst in die Zeit des späten fränkischen Reiches. Die Wasserscheide südlich der Oos bildete die Grenze der Diezöser Speyer und Straßburg und damit zwischen Franken und Alemannen. Im frühen achten Jahrhundert schenkte der fränkische König Baden samt den heißen Quellen an das Kloster Weißenburg. Der Besitz kam wiederum in Königshand und ging aus ihr 978 an die Grafen von Nellenburg über und von diesen an die zähringische Seitenlinie, die sich ab 1112 Markgrafen von Baden nannte. Vielleicht ebenfalls aus zähringischer Erbe übernahmen die Markgrafen das Gebiet um Steinbach. Dagegen hatte sich unmittelbar nördlich von Baden das Geschlecht der Herren, dann Grafen von Eberstein hauptsächlich auf Lehensboden der Speyerer Kirche festgesetzt. Die namengebende Burg der Ebersteiner wurde 1283 von den Markgrafen übernommen, damit war das ganze Gebiet des heutigen Stadtkreises im 12. Jahrhundert sicher schon badisch. Bei der Landesteilung von 1535 fiel es der Linie Baden-Baden zu, machte in der Reformation mehrere Konfessionswechsel durch, bis letztlich erst mit dem Ende des Dreißigjährigen Krieges entschieden war, daß es ganz katholisch bleiben sollte. Die Residenz wurde 1705 von Baden nach Rastatt verlegt. 1772 mit der Wiedervereinigung der badischen Markgrafschaften kam das ganze Gebiet an die Linie Baden-Durlach.

Die Verwaltungsgliederung am Ende des alten Reiches hatte folgenden Stand:

Oberamt Baden: Baden-Baden, Balg, Ebersteinburg, Lichtental und Oos.

Oberamt Yburg: Amt Steinbach mit Neuweier und Varnhalt.

1805 waren alle Orte des Gebiets im Oberamt Baden mit den beiden Ämtern Baden und Steinbach zusammengefaßt. 1819 wurde Steinbach mit Neuweier und Varnhalt dem Amt Bühl, ab 1939 Landkreis, zugeteilt. Das Amt Baden wurde 1914 mit dem Amt Rastatt vereinigt, 1939 die Stadt zu einem eigenen Stadtkreis erhoben. Sie war inzwischen durch Eingemeindungen (Lichtental 1909, Oos 1928 und Balg 1939) vergrößert worden. Alle diese Orte einschließlich des kurz vor 1245 gegründeten Zisterzienserklosters Lichtental mit Beuren standen schon im Mittelalter in einem losen Zusammenhang mit der Stadt.

Die Bestrebungen zur Gemeindereform brachte auf 1.1.1972 die Eingemeindung von Ebersteinburg und auf 1.7.1972 die von Steinbach, Neuweier und Varnhalt, womit der heutige Umfang des Stadtkreises erreicht wurde.

Baden-Baden, gewiß vorher schon ein wirtschaftlicher Mittelpunkt, wurde im 13. Jahrhundert zur vollen Stadt und zeichnete sich durch seine Bedeutung als Heilbad wie als Residenz aus. Seinem im 19. Jahrhundert gewachsenen internationalen Ruf entsprach es, daß es 1945 Sitz der französischen Militärregierung wurde.

Die ebenfalls auf die Markgrafen zurückgehende 1258 mit Stadtrecht begabte Gründung Steinbach stand schon im Spätmittelalter im Schatten des verkehrsmäßig günstigeren Marktes Bühl und konnte nie zu wirklich städtischen Funktionen aufsteigen.

Geographische Angaben

Der im Westen Baden-Württembergs von den Landkreisen Rastatt und Bühl umschlossene Stadtkreis Baden-Baden ist 118,42 qkm groß. Seine 72 km lange Grenze weist an den äußersten Punkten die folgenden Koordinaten auf:

Nördlichster Punkt	48° 48' 37"	nördliche Breite
	8° 12' 11"	östliche Länge
Südlichster Punkt	48° 40' 04"	nördliche Breite
	8° 14' 29"	östliche Länge
Östlichster Punkt	48° 43' 11"	nördliche Breite
	8° 19' 19"	östliche Länge
Westlichster Punkt	48° 43' 43"	nördliche Breite
	8° 06' 31"	östliche Länge

In seinen schmalen randlichen Gebietsteilen im Westen reicht der Stadtkreis naturräumlich noch in die Nordostecke des Mittleren Oberrhein-Tieflands mit der Bühler Niederung (Offenburger Rheinebene) und den Bühler- beziehungsweise Oosvorbergen hinein, erstreckt sich jedoch in der Hauptsache nach Südosten beiderseits des Oostals in den nördlichen Talschwarzwald.

Dieser westliche, in zahlreichen Talbuchten zum Oberrhein-Tiefland geöffnete Randstreifen des Nördlichen Schwarzwalds aus aufgedecktem Grundgebirge, ist zwischen Murg und Kinzig der Stufe des Hauptbuntsandsteins vorgelagert. Er gliedert sich im Bereich des Stadtkreises in die Ebersteiner Berge rechts und in das Quarzporphyrmassiv links der Baden-Badener Talweitung sowie in die sich im Südosten daran anschließenden Bühler Höhen.

Nur klein sind die erwähnten Anteile des Stadtkreises an der Bühler Niederung des Oberrhein-Tieflands, einem bis drei km breiten Niederungsstreifen, in dem vereinzelt "Hurst" (126 m) als Reste von Schotterplatten gegen zwei m aufragen und den Dünenwälle randlich begleiten. Weiter östlich nimmt zunächst der Stadtteil Oos die von den flachen, 250 m hohen, 188 überzogenen Oosvorbergen flankierte Oostalbuchten ein. Die Vorbergzone des Schwarzwalds, die den einzelnen Stufen des Rheinischen Staffelfbruchs, der Oberrheintal und Schwarzwald gegeneinander abgrenzt, entspricht, besteht vor allem aus triassischen und jurassischen Bruchschollen. Sie verschmälert sich nördlich Varnhalt, um jenseits des breiten Oostals hier auszuklingen. Vom Fremersberg (524 m) her quert eine nach Südwesten streichende Buntsandsteinaufwölbung die Vorbergzone und bildet die Grenze zu den Bühler Vorbergen mit der Bucht bei Steinbach.

Der Stadtkern von Baden-Baden liegt in dem flachwelligen Becken, das die Oos mit ihren Nebenbächen in den wenig widerständigen Porphyrokonglomeraten des Oberrotliegenden am Schwarzwaldrand hier teils bis zum Mittleren und Unteren Rotliegenden ausgeräumt hat. Durch die Bachtäler ist der Beckenrand (350 m) in Bergvorsprünge aufgelöst. Schon zur Römerzeit waren die vorwiegend aus Spalten der rheinischen Verwerfungen aufsteigenden Baden-Badener Thermen (Kochsalzthermen 68° C) berühmt.

Den Beckenrand im Nordosten bilden die Ebersteiner Berge. Eine Folge ihrer tektonischen Troglage ist die Erhaltung der Buntsandstein-Zeugenberggruppe mit Kleinem Staufen (623 m) und Merkur (669 m), dem Hausberg von Baden-Baden. Einzelne Partien des Oberrotliegenden sind stark verkieselt, so daß markante Felsbildungen auftreten (Battertfels, Schloß Höhenbaden). Auf einer Diorithkuppe steht die Ebersteinburg (485 m). Im Süden des Gebiets erscheint am Trogrand Oberkarbon an der Oberfläche. Zur Oberrheinebene nach Westen hin sinken die allgemein stark zertalten Höhenrücken bis auf 280 m Höhe ab.

Die Baden-Badener Talweitung begrenzt im Südwesten das Bergmassiv aus Quarzporphyr. Eine schmale Zone aus Oberkarbon begleitet auch hier das Bergmassiv im Süden und Osten, ehe der Übergang in den Granit des Grundgebirgsschwarzwalds erfolgt. Im Nordwesten vorgelagert sind dem Massiv die Buntsandsteinhöhen Fremersberg (524 m) und Kälbelberg (403 m).

Der Durchmesser des eigentlichen, nahezu runden Quarzporphyrmassivs beträgt vier km. Durch die Zertaltung wurden verschiedene Härtinge herauspräpariert, von denen Yberg (515 m) und Iberst (586 m) am markantesten sind.

Die Granukuppen und -Rücken der Bühler Höhen (Steinberg 552 m, Urberg 716 m) schließen die Baden-Badener Rotliegenden-Mulde im Südosten ab. An den Bergflanken dieses von den Quell- und Nebenbächen der Oos und Bühllott aufgelösten Granitblocks entstanden prächtige Felsgebilde. Nördlich des Bühllertalzugs finden die Zweiglimmergranite ihre größte Verbreitung im nördlichen Schwarzwald. Nach Westen hin fallen die Höhen von 700 auf 350 m ab.

Am Südrand des Stadtkreisgebiets erhebt sich 200 m über den Walddecken des Talschwarzwalds die mächtige Stufe des Hauptbuntsandsteins (Badener Höhe 1002 m) mit dem Grundschwarzwald. Sie weicht hier vor dem Oostal und der Baden-Badener Talweitung weit nach Osten über das Murgtal hinaus zurück.

Insgesamt gesehen erklärt sich der auf kleinem Raum so stark gegliederte Landschaftsbau des Stadtkreises aus tektonischen Vorgängen im Zusammenhang mit dem Einbruch des Oberrheintalgrabens im Tertiär. Auch das Oostal ist über 1000 m tief abgesunken. Seiner Hauptverwerfungsspalte folgt das Rotenlachtal.

Vom Stadtkern Baden-Badens bis zum Ortsteil Oos zusammenhängend bebaut, bildet das Oostal gleichsam das Rückgrat des Stadtkreises. Von ihrem Ursprung in den Bühler Höhen nahe der Roten Lache durchmißt die Oos den Stadtkreis bis zum Austritt in das Oberrhein-Tiefland durch die Oostalbuchten, um bei Rastatt in die zum Rhein ziehende Murg einzumünden. Aus den Schwarzwaldhöhen fließen ihr von beiden Seiten zahlreiche Nebenbäche zu.

Durch seine günstige Beckenlage erfreut sich Baden-Baden (231 m) fast subtropisch warmer Sommer und sehr milder Winter. Die mittleren Temperaturen entsprechen denen in der Offenburger Rheinebene oder an der Bühler Vorbergzone (Juli 18°, Januar 0° bis 0,5°). Auch in die übrigen Tallagen am Rande des nördlichen Schwarzwalds (200 m) dringt von der Rheinebene her das milde Klima ein. Sie zeigen sich ähnlich begünstigt. Die Höhegebiete hingegen gleichen klimatisch eher den schneereichen Mittelgebirgen (Hänge 600 m, mittlere Temperaturen im Juli 16°, im Januar -0,5°). Von der Rheinebene her (850 mm) steigen die Jahresniederschläge zum Schwarzwaldrand hin an, an den Hängen der Vorbergzone erreichen sie 1000 bis 1100 mm, auf den Schwarzwaldhöhen sogar 1200 mm. Der Frühlingseinzug (mittlerer Beginn der Apfelblüte) erfolgt im Rheintal und im Gebiet der Vorberge hier vom 20. beziehungsweise 22. April bis 24. beziehungsweise 29. April, in den Hochlagen (500 bis 700 m) des Schwarzwalds dagegen erst vom 11. bis 22. Mai.

Verkehrslage

In Nord-Ost - Süd-West-Richtung verläuft im Rheintal die Hauptbahn Frankfurt-Basel. Haltepunkt ist der Bahnhof Baden-Oos, die Umbenennung in Hauptbahnhof Baden-Baden ist vorgesehen. Baden-Oos ist ein Stadtteil von Baden-Baden. Die 1843 eröffnete, rund 4,5 km lange Stichbahn von Baden-Oos nach Baden-Baden soll aufgelassen werden, da sie keine Verkehrsbedeutung mehr hat.

Die Bundesautobahn Frankfurt-Basel verläuft in nordost-südwestlicher Richtung. Der Autobahnanschluß Baden-Baden und Baden-Baden-Steinbach schließt die Kernstadt Baden-Baden und die südlichen Stadtteile des Reblandes an die Autobahn an.

Die Bundesstraße 36 verläuft westlich des Gemarkungsgebiets von Baden-Baden und ist die Hauptverkehrsverbindung der westlichen Umlandgemeinden. Dagegen durchschneidet die Bundesstraße 3, in der Vorbergzone verlaufend, die westlichen Stadtteile der Stadt. Beide Bundesstraßen dienen vornehmlich dem regionalen Verkehr in der Rheinebene.

Die Bundesstraße 500, im Oostal verlaufend, schließt die Stadt an die Bundesautobahn an. Die B 500 setzt sich fort bis zur B 36 und soll im Zuge des Ausbaus der Oberrheinstaufe Iffezheim über den Rhein in das Elsaß verlängert werden. Dadurch wird eine Verbindung zwischen Frankreich, Baden-Baden und den Schwarzwaldhöhenkurorten hergestellt.

In der Talsohle verläuft noch auf historischer Trasse die L 78, die die Stadt an die B 3 einerseits anschließt. Sie zweigt von

der B 500 im Stadtteil Lichtental wieder ab und verbindet die Stadt mit dem Murgtal, so daß sie Anschluß bei Gernsbach an die B 462 erhält. Eine weitere Verbindung ins Murgtal zweigt als L 79 von der L 78 ab und kommt bei Forbach auf die B 462.

Diesen in den Tälern verlaufenden Landesstraßen stehen die Querverbindungen gegenüber, die das Oostal mit dem Murgtal und dem Bühllertal verbinden. Dies ist einerseits die L 67, die vom Stadtteil Oos in Richtung Kuppenheim verläuft und kurz danach an den Murgtalzubringer B 462 anschließt. Eine weitere Landesstraße L 84a/L 79a und L 78c verbindet den Stadtteil "Rebland" über den Ortskern Baden-Baden mit dem Murgtal mit dem Anschluß an die B 462 bei Gaggenau und Gernsbach. Diese Straße stellt eine Querverbindung zwischen B 3 und B 462 dar.

Außerdem besteht noch eine Verbindung über die L 84 im hinteren Bereich des Reblandes über die L 84 nach Baden-Baden, die in der Fortsetzung der L 78 ebenfalls bei Gernsbach das Murgtal erreicht.

Insgesamt gesehen ist somit das Stadtgebiet von Baden-Baden durch klassifizierte Straßen sehr gut erschlossen und an das Fernstraßennetz angeschlossen. Das Straßennetz genügt jedoch nicht mehr den verkehrlichen Anforderungen. Die B 500 ist nur bis zur Grenze des Kurgebiets ausreichend ausgebaut, der Ausbau durch den Stadtkern ist erforderlich. Auch der Ausbau der Querverbindungen über die klassifizierte Landesstraßen ist wegen des erheblichen Berufsverkehrs und des kurzörtlich bedingten Nachbarschaftsverkehrs dringend erforderlich.

Die Gesamtlänge der Bundesstraßen beträgt 9,8 km, und die der Landesstraßen 15,4 km. Dieses Netz wird ergänzt durch Kreisstraßen mit einer Länge von 27,3 km und durch Gemeindeverbindungsstraßen mit 14,2 km.

Im Stadtteil Oos besitzt die Stadt einen Verkehrslandeplatz mit einer derzeitigen Startbahnlänge von 1200 m, der einen Flugbetrieb nach Instrumentenflugregeln zuläßt. Ein Ausbau auf 1400 - 1600 m ist möglich.

Ein eigenes Verkehrsnetz - Nahverkehrsmittel stellt nicht nur ausreichende Verbindungen innerhalb der Stadtteile dar, sondern verbindet die Stadt auch mit den Nachbargemeinden im gesamten Bereich zwischen Rebland, Rheinebene und Murgtal.

Siedlung

Ab 1. Juli 1972 hatte der Stadtkreis Baden-Baden eine Wohnbevölkerung von 45 333 Personen. Der Bevölkerungszahl nach steht Baden-Baden unter den neun Stadtkreisen des Landes Baden-Württemberg an letzter Stelle. Der Stadtkreis umfaßt ein Gebiet von 118 qkm. Auf ein qkm des Stadtgebiets wohnen demnach durchschnittlich 383 Menschen. Damit nimmt Baden-Baden auch hinsichtlich der Bevölkerungsdichte unter den baden-württembergischen Stadtkreisen die letzte Stelle ein.

Der heutige Name Baden-Baden besteht erst seit dem 1. September 1931; früher hieß die Stadt Baden. In den letzten hundert Jahren sind eine Reihe früher selbständiger Gemeinden in Baden-Baden eingemeindet worden: Vom früheren Amtsbezirk Baden kam 1909 die Gemeinde Lichtental und vom früheren Amtsbezirk Rastatt 1928 die Gemeinde Oos zu Baden-Baden. Im Jahr 1929 wurde ein Teil der abgesonderten Gemarkung Ebersteinburg von der Gemeinde Ebersteinburg im früheren Amtsbezirk Rastatt und im Jahr 1930 ein Teil der abgesonderten Gemarkung Yburg der Gemeinde Varnhalt im früheren Amtsbezirk Bühl in die Stadt Baden eingemeindet. Vom Landkreis Rastatt kam im April 1939 die Gemeinde Balg hinzu. Am 29. Juni 1939 wurde die Stadt Baden-Baden zum Stadtkreis erhoben und schied aus dem Landkreis Rastatt aus. Im Zuge der 1968 begonnenen Gebietsreform wurden am 1. Januar 1972 die Gemeinde Ebersteinburg (mit zwei Wohnplätzen) aus dem Landkreis Rastatt und am 1. Juli 1972 die Stadt Steinbach (vier) sowie die Gemeinden Neuweier (fünf) und Varnhalt (drei) aus dem früheren Landkreis Bühl in die Stadt Baden-Baden eingemeindet.

Bevölkerung

Vor einhundert Jahren lebten im Gebiet des jetzigen Stadtkreises Baden-Baden etwas über 20 000 Menschen, also vier Neuntel des heutigen Bevölkerungsstandes. Im Jahr 1871 zählte das

heutige Stadtgebiet (einschließlich aller bis heute durchgeführten Eingemeindungen) 20 090 Einwohner. Mitte 1972 dagegen 45 333. Für die dazwischen liegende Zeit ergibt sich demnach eine Bevölkerungszunahme von 25 243 Menschen oder 126%. Sieht man von den erwähnten Eingemeindungen ab und geht von dem 1871 geltenden Gebietsstand aus, so lauten die Bevölkerungszahlen für 1871 auf 10 080 Einwohner. In diesem Fall ist der Bevölkerungszuwachs der Stadt Baden-Baden bis Mitte 1972 (unter Berücksichtigung der erwähnten Eingemeindungen) sogar auf 35 253 Personen oder 350% anzusetzen.

Auf dem heutigen Gebiet der Stadt ist die Bevölkerung abgesehen von den Zeiten während der beiden Weltkriege bis Mitte der fünfziger Jahre gewachsen. Seither hat sich ihre Zahl nur wenig verändert. Der bei der Volkszählung 1871 ermittelte Bevölkerungsstand von 20 090 Personen vergrößerte sich in den sogenannten Gründerjahren und erreichte 1875 21 218 und 1880 22 559 Personen. Auch die letzten 20 Jahre des vorigen Jahrhunderts waren bei Baden-Baden im Gegensatz zu vielen anderen Gebieten des Landes, in denen sich die Krisen zu Anfang der 80er und 90er Jahre bemerkbar machten, durch eine relativ starke Zunahme gekennzeichnet. So stieg die Bevölkerungszahl bis 1890 auf 25 042 und bis 1900 auf 28 555. Nach der Jahrhundertwende war der allgemeinen Entwicklung entsprechend der Bevölkerungszuwachs besonders groß. Bis 1910 war eine weitere Zunahme der Einwohnerzahl auf 32 500 zu verzeichnen. Die durch den ersten Weltkrieg verursachte Bevölkerungsabnahme wirkte sich zahlenmäßig wenig aus, so daß die 1925 festgestellte Einwohnerzahl von 36 625 bereits eine Bevölkerungszunahme gegenüber dem Vorkriegsstand bedeutete. In der Zeit der Weltwirtschaftskrise trat kaum eine Änderung des Bevölkerungsstandes ein. Dieser belief sich 1933 auf 36 731 Personen, stieg dann aber wieder bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges auf 38 628 Personen.

Bei der Volkszählung 1950 ergab sich für Baden-Baden (einschließlich der 1972 eingegliederten Gemeinden Ebersteinburg, Neuweiler, Steinbach und Varnhalt) eine Wohnbevölkerung von 42 666 Menschen, also 4000 mehr als vor dem Kriege. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits gegen 4700 Vertriebene und Flüchtlinge in der Stadt eine neue Bleibe gefunden. Diese Zahlen erhöhten sich noch in den nächsten Jahren. Die in fast allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland zu beobachtende Bevölkerungszunahme nach dem zweiten Weltkrieg, die wesentlich von dem Einstrom der Flüchtlinge und der Zuwanderung aus dem Osten mitbestimmt wurde, trifft in kleinerem Maße auch für Baden-Baden zu. Wie die Bevölkerungsbilanz (Tabelle 1) im einzelnen zeigt, bewirkten Geburtenüberschüsse und Wanderungsgewinne bis 1958 ein weiteres Ansteigen der Bevölkerung auf 46 440 Einwohner.

Schon in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre war der jährliche Geburtenüberschuß laufend kleiner geworden und schlug Anfang der sechziger Jahre sogar in ein Geburtendefizit um. Auch die jährliche Wanderungsbewegung, die am Anfang dieser Zeitspanne nahezu ausschließlich noch zu Gewinnen geführt hatte, brachte im letzten Jahrzehnt wiederholt Wanderungsverluste. Diese Ergebnisse der Bevölkerungsbewegung brachten es mit sich, daß die Einwohnerzahl der Stadt Baden-Baden seit 1958 ständig leicht zurückgeht.

Bei der Volkszählung 1961 ergab sich für Baden-Baden ein Bevölkerungsstand von 46 871 Personen. Darunter befanden sich 4600 Vertriebene und Flüchtlinge (mit Ausweis) sowie gegen 2000 Zugewanderte aus der DDR (ohne Ausweis). Bis zur Volkszählung am 27. Mai 1970 sank dann die Einwohnerzahl der Stadt auf 45 739 und bis zum 1. Juli 1972 weiter auf 45 333.

Die Bevölkerungszahl ging im letzten Jahrzehnt zurück, obwohl sich in diesem Zeitraum die Zahl der Ausländer in Baden-Baden laufend erhöhte. In der Zeit von 1953 bis 1959 hatte die Ausländerzahl etwa 900 betragen, war dann aber 1960 auf über 1000 und bis 1965 auf über 2000 angewachsen. Nach einem Rückgang der Ausländerzahl in der Rezessionszeit steigerte diese sich in den letzten drei Jahren recht deutlich und erreichte im Winter 1971/72 mit 3000 einen neuen Höchststand.

Das natürliche, durch Geburt und Tod bestimmte Bevölkerungswachstum lag im Stadtkreis Baden-Baden während der gesamten Nachkriegsjahre ganz erheblich unter dem Landesdurchschnitt. Der Hauptgrund dafür lag in der unterschiedlichen Altersstruktur der Stadtbevölkerung mit einem überdurchschnittlichen Anteil älterer Menschen. Aus dieser Verteilung erklärt sich die relativ hohe Sterbeziffer und die relativ niedrige Geburtenziffer der Stadt. Bis 1959 war die Geburtenziffer in jedem Jahr noch mehr oder weniger höher als die Sterbeziffer, bis erstmals 1960 und dann laufend ab 1963 die Ster-

beziffer die Geburtenziffer des entsprechenden Jahres übertraf, was bedeutete, daß weniger Kinder geboren wurden, als im gleichen Zeitraum Einwohner starben. Zum Vergleich mit dem Land Baden-Württemberg, wo im Jahr 1971 die Geburtenhäufigkeit 13,7 und die Sterblichkeit 10,3 betragen, kamen in Baden-Baden im selben Jahr auf 1000 der mittleren Bevölkerung 8,3 Lebendgeburt und 15,0 Sterbefälle (Tabelle 7).

Die Sterblichkeitsrate der Säuglinge entspricht im Stadtkreis Baden-Baden in etwa dem Landesdurchschnitt. Im Jahr 1950 starben von 1000 Lebendgeborenen in der Stadt Baden-Baden wie im Land Baden-Württemberg 51 Kinder. Bis zum Jahr 1968 konnte die Säuglingssterblichkeit im Land auf 21,0 und in Baden-Baden auf 21,4 gesenkt werden. In den beiden anschließenden Jahren war die Sterbeziffer in Baden-Baden zwar etwas höher als im Land, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß in der Stadt bei neun Säuglingssterbefällen im Jahr gewisse Zufallsschwankungen bei der Berechnung unvermeidlich sind (Tabelle 8).

Die bei der Volkszählung 1970 festgestellte Altersgliederung der Bevölkerung weist für die Stadt Baden-Baden stärkere Abweichungen von dem Durchschnitt des Landes Baden-Württemberg auf.

Im Stadtkreis Baden-Baden (einschließlich der Eingemeindungen bis 1. Juli 1972) beträgt der Anteil der Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber 18,2% und ist damit wesentlich höher als im Land mit 11,7%. Dagegen umfaßt die Gruppe der Kinder und Jugendlichen bis zu 15 Jahren in der Stadt nur 18,2% und liegt damit deutlich unter dem entsprechenden Wert im Land mit 24,3%. Die Quote der Bevölkerung im sogenannten erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren beträgt in Baden-Baden 63,6% und im Land 64,1% (Tabelle 4).

Abschließend soll in diesem Abschnitt noch kurz auf die Religionsgliederung der Bevölkerung eingegangen werden. Auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung 1970 bezeichneten sich von den 45 739 Einwohnern der Stadt Baden-Baden (einschließlich der bis zum 1. Juni 1972 durchgeführten Eingemeindungen) 30 084 oder 65,8% als Angehörige der römisch-katholischen Kirche und 12 814 oder 28,0% als Angehörige der evangelischen Landeskirche oder evangelischer Freikirchen. Die übrigen 2841 Einwohner (6,2%) gehörten einer anderen oder keiner Religions- beziehungsweise Glaubensgemeinschaft an (Tabelle 2).

Privathaushalte

Als Privathaushalt zählt jede Personengemeinschaft, die zusammen wohnt und eine gemeinsame Hauswirtschaft führt. Auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person gilt als Privathaushalt. Die Unterlagen über die Zahl und Größe der Privathaushalte, die einen Einblick in die Struktur menschlichen Zusammenlebens bieten, werden immer nur anlässlich von Volkszählungen ermittelt. Im Stadtkreis Baden-Baden wurden am 27. Mai 1970, dem Stichtag der letzten Volkszählung, 18 744 Privathaushalte gezählt. Diese Zahl ist um 1248 oder 7,1% größer als im Jahr 1961.¹⁾ Dieser Zunahme steht ein leichter Rückgang der in Privathaushalten lebenden Bevölkerung (- 0,8%) gegenüber, so daß sich auf Grund der gegenläufigen Entwicklung eine Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,7 Personen je Haushalt im Jahre 1961 auf 2,4 Personen je Haushalt im Jahre 1970 ergibt. Im Vergleich hierzu ist die durchschnittliche Haushaltsgröße im ganzen Land von 2,9 auf 2,8 Personen je Haushalt zurückgegangen.

Die leichte Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße zwischen 1961 und 1970 ist besonders darauf zurückzuführen, daß sich im Stadtkreis Baden-Baden eine Entwicklung zu den kleineren Haushalten hin abzeichnet, wobei der stärkste Zugang mit 23,5% bei den Einpersonen-Haushalten zu verzeichnen ist, gefolgt von den Haushalten mit zwei Personen mit immerhin 12,0%. Im Vergleich dazu hat die Zahl der Drei-Personenhaushalte auffallend stark um 10,4% und die der Fünf- und Mehr-Personenhaushalte um 8,8% abgenommen. Die Zahl der Vier-Personenhaushalte ist demgegenüber unverändert geblieben. Bei diesen unterschiedlichen Veränderungen der einzelnen Haushaltsgrößen kommt den Ein-Personenhaushalten bei einem Anteil von 32,8% an der Gesamtzahl unverändert die größte Bedeutung zu. Nicht viel geringer in ihrer Bedeutung sind die Zwei-Personenhaushalte mit 29,4%. Dagegen liegt der Anteil der Drei- und Vier-Personenhaushalte bei 16,7% beziehungsweise 12,5%. Der Anteil der Haushalte mit fünf und mehr Per-

¹⁾ Ohne die Angaben für die inzwischen erfolgten Eingemeindungen.

sonen bezieht sich auf 8,7%. Er ist zwischen den Jahren 1961 und 1970 geringfügig zurückgegangen.

Die in Ein-Personenhaushalten lebende Personen waren 1970 zu 21,5% Männer und zu 78,5% Frauen, während die entsprechenden Anteile im Jahre 1961 23,8% und 76,2% betragen.

Der überwiegende Lebensunterhalt der Wohnbevölkerung

Unterlagen über den überwiegenden Lebensunterhalt der Wohnbevölkerung wurden erstmals bei der Volkszählung am 6. Juni 1961 und nunmehr auch bei der Volkszählung am 27. Mai 1970 zusammengestellt.¹⁾ Für jede Person wurde zunächst die Quelle des eigenen überwiegenden Lebensunterhalts erfragt. Danach bestritten in der Stadt Baden-Baden 18 833 Personen, das sind 41,2% der Wohnbevölkerung ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Erwerbstätigkeit, 9606 (21,0%) lebten von Rente, Pension, Arbeitslosengeld beziehungsweise -hilfe und dergleichen und 17 300 (37,8%) bezogen ihren Lebensunterhalt durch Angehörige (Eltern, Ehemann, Sohn und ähnliche). Dieser Anteil, der einiges unter dem Landesdurchschnitt liegt, ist gegenüber 1961 (38,6%) leicht zurückgegangen. In etwas stärkerem Maße ist der Anteil der aus eigener Erwerbstätigkeit lebenden Bevölkerung zurückgegangen, der sich 1961 noch auf 45,1% an der Wohnbevölkerung bezifferte. Demgegenüber hat der Kreis der überwiegend von Rente, Pension und dergleichen lebenden Personen, dessen Anteil 1961 nur 16,3% betrug, anteilmäßig erheblich an Bedeutung gewonnen. Vorstehende Veränderungen sind bedingt durch den in diesem Zeitraum erfolgten Zuwachs an unter 15 Jahre alten Personen, an jungen Menschen, die sich noch in Ausbildung befinden sowie der über 65jährigen Personen. Von den Personen, die ihren Lebensunterhalt aus ihrer eigenen Erwerbstätigkeit bestritten, arbeiteten im Jahre 1970 nur 2,8% in der Land- und Forstwirtschaft, fast die Hälfte (49,1%) im Dienstleistungsbereich, der der Stadt Baden-Baden als Bäder- und Fremdenverkehrsstadt ihr besonderes Gepräge gibt. Annähernd jeder Sechste (17,2%) erzielt seinen Lebensunterhalt aus Handel und Verkehr und fast ein Drittel (31,0%) aus dem Produzierenden Gewerbe (Tabelle 5).

Werden die Personen, die ihren Lebensunterhalt von Angehörigen erhalten, der überwiegenden Unterhaltsquelle ihres Ernährers zugeordnet, so lebten in Baden-Baden 73,2% der Wohnbevölkerung unmittelbar oder über ihren Ernährer aus Erwerbstätigkeit und 26,1% von Rente, Pension und dergleichen. Von den Personen, deren Lebensgrundlage sich unmittelbar oder mittelbar aus Erwerbstätigkeit ableitet, lebten 34,2% vom Dienstleistungsbereich (Sonstige Wirtschaftsbereiche), 24,8% vom Produzierenden Gewerbe, 12,2% vom Handel und Verkehr und nur 1,9% aus der Landwirtschaft.

Verglichen mit der Unterhaltungssituation, die bei der Volkszählung 1961 ermittelt wurde, haben die Sonstigen Wirtschaftsbereiche nur geringfügig von ihrer führenden Stellung als Lebensgrundlage eingebüßt (- 0,1%). Ebenso ist beim Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr eine stärkere Abnahme des Anteils an der Ernährung der Wohnbevölkerung zu verzeichnen (- 1,8%). Den größten Rückgang der gegebenen Unterhaltungsmöglichkeit ist in dem Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft festzustellen (- 2,2%) bedingt durch den allgemein zu verzeichnenden Rückgang der Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft.

Erwerbstätigkeit und soziale Gliederung

Bei der Volkszählung am 27. Mai 1970 wurden als Erwerbstätige alle Personen gezählt, die irgendeinem Erwerb, sei es auch nur kleinsten Umfangs, nachgingen. Es wurden demnach auch ein Teil der Schüler und Studierenden als Erwerbstätige erfaßt.

Danach wohnten im Stadtkreis Baden-Baden 20 939 Erwerbstätige, was einem Anteil von 45,8% an der Wohnbevölkerung entspricht.¹⁾ Gegenüber 1961 bedeutet dies - im Gegensatz zu einem Zuwachs an Erwerbstätigen im ganzen Land von 4,1% - eine Abnahme der Erwerbstätigen um 9,1%, die größtenteils auf den Rückgang der Wohnbevölkerung zurückzuführen ist. Daß der Anteil der Erwerbstätigen an der Wohnbevölkerung gegenüber 1961 (49,2%) - wie auch im Land - zurückgegangen ist, dürfte eine Folge der verlängerten Schul- und Berufsausbildung sowie von Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung sein.

¹⁾ Ohne die Angaben für die inzwischen erfolgten Eingemeindungen.

Im Gegensatz zum Landesergebnis nahm im Stadtkreis Baden-Baden die Zahl der im Dienstleistungssektor Tätigen in den letzten Jahren geringfügig ab. Die Zahl der Erwerbstätigen in den Sonstigen Wirtschaftsbereichen ist dabei von 10 150 im Jahre 1961 um 1,3% auf 10 021 im Jahre 1970 zurückgegangen. Der Anteil dieser Erwerbstätigen von 44,1% im Jahre 1961 stieg dagegen auf 47,9% im Jahre 1970. Auch im Produzierenden Gewerbe verringerte sich in diesem Zeitraum die Zahl der Erwerbstätigen um 7,2% von 6817 auf 6328, so daß im Jahr der Volkszählung 1970 nur noch 30,2% aller Erwerbstätigen in diesem Wirtschaftsbereich arbeiteten. Zugleich mit dem leichten Rückgang der Erwerbstätigen des Produzierenden Gewerbes verlor auch der Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr an Bedeutung, gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen, die 1961 noch 4088 betragen hatte und sich bis 1970 um 10,5% auf 3657 verringerte. Von untergeordneter zahlenmäßiger Bedeutung sind 933 Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft, die im Jahre 1970 nur noch 4,5% der im Stadtkreis wohnenden Erwerbstätigen ausmachten, gegenüber einem Anteil von 8,6% im Jahre 1961.

Im Vergleich zur Struktur des Landes ist der Anteil der Land- und Forstwirtschaft im Stadtkreis Baden-Baden sehr gering und dem Produzierenden Gewerbe sowie dem Handel und Verkehr kommt ebenfalls eine geringere Bedeutung zu. Der Anteil der Sonstigen Wirtschaftsbereiche dagegen liegt den Verhältnissen der Kurstadt Baden-Baden entsprechend, weit über dem Landesdurchschnitt.

Die strukturellen Änderungen der Erwerbstätigkeit, die seit 1961 stattgefunden haben, spiegeln sich auch deutlich in der gewandelten sozialen Gliederung der erwerbstätigen Wohnbevölkerung des Stadtkreises Baden-Baden wider. So nahm die Zahl der erwerbstätigen Selbständigen von 3164 im Jahre 1961 um 24,3% auf 2394 im Jahre 1970 ab. Ihr Anteil sank dementsprechend von 13,7% auf 11,4%. Eine ähnliche Entwicklung war bei den Mithelfenden Familienangehörigen zu verzeichnen, deren Zahl im gleichen Zeitraum von 1744 (7,6%) um 26,1% auf 1289 (6,2%) sank. Dagegen hat die Zahl der Beamten und Angestellten (einschließlich der Lehrlinge) um 14,4% von 8201 (35,6%) auf 9383 (44,8%) zugenommen. Dieser Anstieg ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß 1961 die Soldaten in dieser Zahl nicht enthalten waren, wogegen sie 1970 unter den Beamten nachgewiesen wurden. Die Zahl der Arbeiter (einschließlich der gewerblichen Lehrlinge) wiederum ist um 20,7% von 9332 (43,1%) auf 7873 (37,6%) zurückgegangen.

Die vorliegenden Daten über die wirtschaftliche Struktur des Stadtkreises Baden-Baden wurden nach dem Wohnsitz der Bevölkerung ermittelt. Ein noch deutlicher Einblick in das Wirtschaftsleben der Stadt ergibt sich, wenn man die Auspendler von dem am Ort wohnenden Erwerbstätigen absetzt und die Einpendler hinzurechnet. Man erhält dann die dort am Tage arbeitenden Erwerbstätigen, die Erwerbstätigen am Arbeitsort. Dies sind insgesamt 25 156 Personen, von ihnen arbeiten 986 (3,8%) in der Land- und Forstwirtschaft, 8067 (32,1%) im Produzierenden Gewerbe, 4589 (18,2%) in Handel und Verkehr und der größte Teil 11 514 (45,8%) im Dienstleistungsbereich.

Pendelwanderung

Unterlagen über die Pendelwanderung liefern die in etwa zehnjährigem Turnus stattfindenden Volks- und Berufszählungen, wobei die neuesten Ergebnisse aus der Volkszählung am 27. Mai 1970 stammen.

Von den 1970 im Stadtkreis Baden-Baden wohnenden 17 059 Erwerbstätigen gingen 1266 außerhalb ihrer Wohngemeinde zur Arbeit, so daß sich die Zahl der erwerbstätigen Auspendler seit 1961 um 130 oder 11,4% erhöhte, damit ist der Anteil der erwerbstätigen Auspendlern an den Erwerbstätigen insgesamt von 5,9% im Jahre 1961 auf 7,2% im Jahre 1970 angestiegen und liegt deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 31,1%.¹⁾ Zu diesen erwerbstätigen Auspendlern kamen 1970 noch 180 (1961 waren es 162) Ausbildungspendler (Schüler und Studierende), so daß insgesamt 1446 Personen täglich aus dem Stadtkreis in andere Gemeinden zur Arbeit oder Ausbildung gingen.

Von den Erwerbstätigen Auspendlern arbeiteten nicht ganz die Hälfte (48,2%) im Produzierenden Gewerbe, annähernd ein Fünftel in den Wirtschaftsbereichen Handel und Verkehr (18,3%), ein knappes Drittel in den Sonstigen Wirtschaftsbereichen (32,7%) und nur 0,8% in der Land- und Forstwirtschaft.

¹⁾ Ohne die Angaben für die inzwischen erfolgten Eingemeindungen.

Die persönliche Belastung der Berufs- und Ausbildungspendler wird im Zeitaufwand für den Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte deutlich. So war im Stadtkreis Baden-Baden jeder achte (12,7%) Auspendler eine Stunde oder länger unterwegs. Nicht ganz ein Drittel (30,8%) aller Auspendler benötigten für den Anmarschweg zur Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsstätte zwischen einer halben Stunde und einer Stunde. Der Rest benötigte jeweils unter 30 Minuten.

Um täglich an ihren Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsort gelangen zu können, benutzten fast zwei Drittel (61,5%) aller Auspendler einen Personenkraftwagen und rund ein Fünftel (13,0%) Straßenbahn oder Omnibus. 20,7% der Auspendler fahren mit der Eisenbahn, die übrigen erreichen ihr Ziel mit sonstigen Verkehrsmitteln oder zu Fuß.

Einpendler wurden im Stadtkreis Baden-Baden 7692 gezählt, davon waren 6782 (88,2%) Erwerbstätige und 910 (11,8%) Schüler und Studierende. Somit haben die Einpendler seit 1961 um 2155 Personen zugenommen, wobei sich die Zahl der Schüler und Studierenden um 111,1%, die der Erwerbstätigen hingegen nur um 32,8% vermehrt hat.

Wie eng die Stadt Baden-Baden mit den angrenzenden und naheliegenden Landkreisen Rastatt, Bühl, Karlsruhe und Kehl wirtschaftlich verbunden ist, geht daraus hervor, daß 7483 oder 97,3% der einpendelnden Personen in diesem Raum wohnen, wobei die meisten Einpendler aus den Haupteinzugsgebieten Rastatt mit 48,8% und Bühl mit 45,2% kommen.

Nur jeder sechszwanzigste (3,8%) Einpendler des Stadtkreises benötigt länger als eine Stunde für den Weg vom Wohnort zum Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsort, knapp ein Fünftel (19,9%) der Einpendler benötigen für den Anmarschweg zwischen einer halben und einer Stunde und über drei Viertel (76,2%) der Einpendler sind weniger als 30 Minuten unterwegs.

Für die Wegstrecke zum Arbeits- beziehungsweise Ausbildungsort benutzen über die Hälfte der Einpendler (55,6%) Personenkraftwagen, nicht ganz ein Drittel (31,8%) erreichen ihr Ziel mit Linien- oder Werkbus, nur jeder vierzehnte (7,0%) fährt mit der Eisenbahn, der Rest mit anderen Verkehrsmitteln.

Arbeitsmarkt

Im Rahmen dieser Veröffentlichung kann die Lage am Arbeitsmarkt und der sich in den letzten Jahrzehnten vollziehende Strukturwandel nur anhand von zwei statistischen Daten, nämlich der Zahl offener Stellen und der Zahl beschäftigter nichtdeutscher Arbeitnehmer, aufgezeigt werden. Diese Beschränkung läßt verständlicherweise nur bedingte Aussagen zu. Der zahlenmäßige Nachweis ist von der Nebenstelle Baden-Baden des Arbeitsamtsbezirks Rastatt erbracht worden.

Der Aufwärtstrend der Wirtschaft führte auch im Bereich des Arbeitsmarktes Baden-Württemberg im Verlauf der genannten Jahre zu einem stetigen und bemerkenswert großen Bedarf an Arbeitskräften. Die Hochkonjunktur hatte ein nicht unerhebliches Angebot an offenen Stellen zur Folge. Der Bestand an nichtbesetzten Arbeitsplätzen, der im Jahresdurchschnitt 1959 insgesamt 528 Stellen, darunter 233 für Männer, betragen hatte, vergrößerte sich im folgenden Jahr sprunghaft auf 672 oder um rund 27%. Auf einen leichten Rückgang der Offerten im Jahr 1962 (643) erreichte die Nachfrage nach Arbeitnehmern 1963 mit 773 offenen Stellen, darunter 352 für Männer, einen beachtlichen Höchststand, der, unterbrochen durch das Jahr 1964, in dem nur 666 offene Stellen registriert waren, zu einer Angebotsspitze von 811 unbesetzten Plätzen, darunter 339 für Männer, im Jahr 1965 führte. Dieses Angebot übertraf das des Jahres 1959 um mehr als die Hälfte.

Als Folge der Rezession, die sich vor allem im Bereich der industriellen und handwerklichen Produktion auswirkte, nahm in den Jahren 1966 und 1967 die Zahl der für den Bereich der Stadt Baden-Baden ausgeschriebenen offenen Stellen bemerkenswert ab; 1967 lag das Angebot von 478 Arbeitsplätzen fast um 10% unter dem von 1959.

Die Konsolidierung der Wirtschaft bewirkte in der Folge wieder eine steigende Nachfrage. Von 1968 bis 1969 vergrößerte sich das Angebot an offenen Stellen sprunghaft. Während 1968 rund 639 Plätze unbesetzt geblieben waren, stieg im Jahresdurchschnitt 1969 die Zahl freier Arbeitsstellen auf 787. Auf diesen erneuten Höchststand von Angeboten - er lag zwar um 24 Plätze unter dem des Jahres 1965 - folgte allerdings wieder ein leichter Rückgang. Letztlich (1971) fehlte für 743 Plät-

ze eine geeignete Arbeitskraft. Das Angebot für Männer hatte dabei zugenommen. Im Jahr 1959 waren von 100 Stellenangeboten etwa 44 für Männer angeboten worden, in den Zeiten des Konjunkturrückganges bezogen sich dagegen die Offerten sehr viel mehr auf weibliche Arbeitnehmer (71%), wogegen 1971 eine steigende Nachfrage nach männlichen Arbeitnehmern dazu führte, daß von 100 Angeboten 47 für Männer und nur noch 53 für Frauen ausgeschrieben waren.

Der wechselhaft große Bedarf an Arbeitskräften, der durch einheimische Arbeitnehmer nicht mehr befriedigt werden konnte, bewirkte zwangsläufig einen steigenden Einsatz von arbeitswilligen Ausländern. So waren bereits im Jahr 1960 insgesamt 371 nichtdeutsche Arbeitnehmer mit Genehmigung des Arbeitsamtes in den verschiedensten Wirtschaftsbereichen, vor allem im Dienstleistungsgewerbe, beschäftigt worden. Ihre Zahl nahm in den folgenden Jahren laufend und in steigendem Maße zu. Die Ausländerbeschäftigung erreichte am 30. September 1966 mit 1643 nichtdeutschen Arbeitnehmern einen ersten Höchststand. Im Vergleich zu 1960 hatte sich ihr Bestand mehr als vervierfacht. Hierbei hatte sich auch der Einsatz von Fremdarbeiterinnen beachtlich vergrößert. Während 1960 unter 100 nichtdeutschen Arbeitnehmern im Durchschnitt nur 21 Frauen vertreten waren, war 1966 in 30% aller Fälle die Arbeitsbewilligung für eine Frau erteilt worden.

Der bereits erwähnte Konjunkturrückgang im Jahr 1967 bewirkte, daß sich die Zahl der ausländischen Beschäftigten bemerkenswert verringerte; am 30. September 1968 war insgesamt nur noch für 1384 nichtdeutsche Beschäftigte eine amtliche Arbeitsbewilligung erteilt worden. Unter diesen nichtdeutschen Arbeitnehmern befanden sich zu rund 65% Männer (902). In der Folgezeit nahm die Ausländerbeschäftigung jedoch wieder recht sprunghaft zu. So waren am Stichtag 1969 innerhalb des Stadtkreises Baden-Baden 1621 Gastarbeiter tätig, somit 15,4% mehr als im Jahr 1967. Auf eine Zuwachsrate von 408 (+ 25,2%) im Jahr 1970, folgte 1971 ein weiterer Zugang von 333 (+ 16,4%) Beschäftigten. Mit 2362 nichtdeutschen Arbeitnehmern ist am 30. September 1971 der vorläufige Höchststand der Ausländerbeschäftigung registriert worden. Der Anteil der Männer und Frauen unter den von der Wirtschaft, dem Handel und Gewerbe sowie den Dienstleistungsbetrieben zusätzlich zu den deutschen Arbeitnehmern beschäftigten Gastarbeitern pendelte sich auf 66% Männer und 34% Frauen ein. Absolut und relativ hatte sich der Einsatz der Frauen beachtlich vergrößert. Ende September 1960 waren insgesamt nur 77 Ausländerinnen mit Genehmigung des Arbeitsamtes beschäftigt worden. 1966 zählte ihr Bestand bereits 488, 1971 stand mit 811 weiblichen Arbeitnehmern im Vergleich zu 1960 mehr als die zehnfache Zahl von nichtdeutschen Frauen in Arbeit.

Von besonderem Interesse ist der Nachweis über die Nationalität der beschäftigten Ausländer. Nahezu ein Jahrzehnt lang waren unter den in Baden-Baden beschäftigten Ausländern die Italiener am zahlreichsten vertreten. Ihre Gruppe von anfänglich 151 vergrößerte sich bis 1965 auf 501 Mitglieder. Auf diesen Höchststand folgte ein beachtlicher Rückgang; 1968 standen nur noch 375 Italiener in Arbeit. In den folgenden Jahren erfuhr diese Nationalitätengruppe wieder einen stetigen Zugang, so daß ihr Bestand letztlich sogar die frühere Bestandsspitze übertraf. Ende September 1971 waren insgesamt 515 Arbeitsgenehmigungen für Italiener erteilt worden. Ihr Anteil am Gesamtbestand aller nichtdeutschen Beschäftigten betrug sich auf rund 22%. Unter ihnen befanden sich 420 Männer (rund 82%) und 95 Frauen.

Die zur Zeit stärkste Gruppe bilden die Jugoslawen, die 1971 mit 782 Beschäftigten ein Drittel des Bestands aller nichtdeutschen Arbeitnehmer ausmachten. 1960 waren sie anteilmäßig nur zu rund 1% (vier Personen) vertreten, 1962 hatten sie bereits die 100er Grenze überschritten, in der Folgezeit nahm ihre Zahl überaus sprunghaft und beachtlich zu. 1969 waren sie etwa gleich stark wie die Italiener im Einsatz (436 Arbeitnehmer), seit 1970 übertrifft ihr Potential jedoch das der Italiener bei weitem. 1970 belief sich ihre Zahl auf 722, 1971 stammte jeder dritte in Arbeit stehende Ausländer aus Jugoslawien. Unter 100 jugoslawischen Arbeitnehmern waren letztlich 49 Frauen; im Vergleich zu 1960 hatte sich ihr Anteil wesentlich vergrößert.

Beachtlich kleiner war dagegen die Zahl der beschäftigten Türken, die erst seit 1961 am Arbeitsmarkt auftraten; mit 122 Arbeitnehmern machten sie rund 5% aller durch das Arbeitsamt zugelassenen nichtdeutschen Arbeitnehmer aus. Seit 1960 hatte sich ihr Bestand überdurchschnittlich vergrößert. Sie stellen derzeit die drittgrößte Ausländergruppe. Im Vergleich

hierzu betrug die Zahl der in Arbeit stehenden Spanier knapp die Hälfte. 1971 betrug ihr Anteil nur auf rund 2% oder 60 Personen. Sie hatten in den genannten Jahren ihre Zahl zwar nahezu verdreifacht, anteilig aber an Gewicht verloren. Demgegenüber konnten die Griechen kaum Arbeitnehmer nachziehen; im Vergleich zu 1961 (eine Person) hatte sich ihre Zahl bis 1971 nur auf neun Personen erhöht. Von den übrigen nichtdeutschen Arbeitnehmern, die unter dem Sammelbegriff "Sonstige" geführt werden, stammt der größere Teil aus europäischen und der kleinere Teil aus nichteuropäischen Ländern. Im Jahr 1971 erreichte ihr Anteil mit insgesamt 874 Personen rund 37% des Gesamtbestandes aller nichtdeutschen Beschäftigten.

Gesundheitswesen

Im Stadtkreis Baden-Baden waren Anfang 1973 nach den Unterlagen des Staatlichen Gesundheitsamtes 154 berufsautonome Ärzte vorhanden, unter denen sich 46 Frauen befanden. Von ihnen übten 30 praktische Ärzte und 55 Fachärzte eine freie Praxis aus. In den Krankenhäusern waren 58 Ärzte hauptamtlich und zehn Ärzte als Belegärzte beschäftigt. Im öffentlichen Gesundheitsdienst stand ein Arzt, im Rahmen der Sozialversicherung war ebenfalls ein Arzt tätig. Als freipraktizierende Zahnärzte hatten sich 52 Zahnärzte, darunter zehn Frauen niedergelassen. In den Krankenhäusern arbeiteten acht Krankenpfleger, 137 Krankenschwestern und 18 Kinderkrankenschwestern. Ferner waren fünf Hebammen, unter ihnen vier hauptamtliche Krankenhaushebammen gemeldet. Außerdem übten elf Heilpraktiker, darunter zwei Frauen in der Stadt ihren Beruf aus. Die Bevölkerung wird von 16 Apotheken mit Arzneimitteln versorgt. In ihnen arbeiten zwei Apotheker und neun Apothekerinnen.

Beim Gesundheitsamt Baden-Baden sind Mütterberatungsstellen, eine Tuberkulosefürsorgestelle, Beratungs- und Fürsorgestellen für Geschlechtskrankheiten, Körperbehinderungen, psychiatrische Krankheiten und Suchtkrankheiten eingerichtet.

In Baden-Baden kamen - unter Berücksichtigung des Bevölkerungsstandes vom 1. Juli 1972 - 533 Einwohner auf einen freipraktizierenden Arzt oder Facharzt, 872 Personen auf einen Zahnarzt in freier Praxis und 2833 Einwohner auf eine Apotheke. Diese Werte sind weit günstiger als der Landesdurchschnitt. Danach hatte Anfang 1972 ein Arzt 1204 Personen und ein Zahnarzt 1920 Personen zu betreuen; auf eine Apotheke entfielen durchschnittlich 5308 Personen. Hier macht sich die Stellung Baden-Badens als Heilbad und Kurort geltend.

Die Stadt Baden-Baden ist Träger des Städtischen Krankenhauses in Baden-Baden, ein allgemeines Krankenhaus mit abgegrenzten Fachabteilungen für innere Krankheiten, Chirurgie und Kinderkrankheiten. Es verfügt über 320 Betten. Die Fachklinik Höhenblick für innere Krankheiten mit 121 Betten gehört der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe. Die DRK-Klinik Josefinenheim des DRK-Kreisverbandes Baden-Baden, ein gynäkologisches- geburtshilfliches Krankenhaus mit einer Fachabteilung für Urologie und einer Belegabteilung für Hals-Nasen-Ohrenkrankheiten, hat 116 Betten. Das Krankenhaus der Barmherzigen Schwestern in Ebersteinburg, ein Krankenhaus für innere Krankheiten mit 75 Betten, wird von der Wohltätigkeitsgesellschaft "Maria Hilf" GmbH in Bühl getragen. Ferner gibt es in Baden-Baden noch zwei private Krankenhäuser, nämlich die Urologische Privatklinik Dr. Eickhorn mit 15 Betten und das Sanatorium Quisisana, ein Krankenhaus für innere Krankheiten mit 46 Betten. In diesen sechs Krankenhäusern für Akutranke wurden 1971 insgesamt 9974 Kranke stationär behandelt und in dem geburtshilflichen Krankenhaus 768 Kinder geboren. In der Jahresmitte 1972 kamen auf 10 000 Einwohner 153 Betten für Akutranke.

Ferner sind in Baden-Baden, einem der bedeutendsten Heilbäder Baden-Württembergs, verschiedene Sonderkrankenhäuser. Das Staatliche Rheumabad wird vom Land Baden-Württemberg getragen. Es verfügt über 139 Betten. Das Sanatorium Gunzenbacher Hof, ebenfalls ein Rheumakrankenhaus, hat 145 Betten. Das Sanatorium Dr. Franz Dengler Nachfolger, ein Kurkrankenhaus, besitzt 199 planmäßige Betten, während die Kuranstalt Dr. Malten 45 Betten hat. Das Kurkrankenhaus Privatsanatorium Birkenhöhe ist mit 40 Betten eingerichtet und das Klinische Institut für statische Medizin mit 14 Betten. Außerdem gibt es noch das Pflegeheim Villa Georgsruhe mit 40 Betten für chronische Kranke und Langzeitranke. In diesen sieben Sonderkrankenhäusern wovon sechs private Krankenhäuser sind, wurden 1971 insgesamt 6195 Kranke zur stationären Behandlung aufgenommen.

Die Bettendichte in Baden-Baden beträgt insgesamt 290 auf 10 000 Einwohner und ist damit weit höher als der Landesdurchschnitt (110), doch ist dabei zu berücksichtigen, daß Baden-Baden als Heilbad eine überregionale, ja internationale Bedeutung hat.

Fürsorge / Sozialhilfe

Zur Beurteilung der Entwicklung auf dem Sektor der Sozialhilfe gibt die ab 1952 geführte Statistik der Öffentlichen Fürsorge, die später als Statistik der Sozialhilfe fortgesetzt wurde, wichtige Anhaltspunkte.

Innerhalb des Stadtkreises bezogen Ende des Rechnungsjahres 1952 insgesamt 852 in offener Fürsorge betreute Personen beziehungsweise 540 Parteien eine laufende Unterstützung durch die öffentliche Hand.

Die Fürsorgedichte (Zahl der in offener Fürsorge laufend unterstützten Personen je 1000 Einwohner) betrug 21,7 und war somit höher als im Landesdurchschnitt (17,6) und im Regierungsbezirk Südbaden (15,6).

Dem großen Dichtewert entsprachen die hohen finanziellen Leistungen für die offene Fürsorge, die sich 1952 auf 503 000 DM insgesamt, beziehungsweise 12,83 DM je Kopf der Bevölkerung beliefen.

In den darauffolgenden Jahren stieg die Fürsorgedichte nur noch leicht an und fiel dann nach Behebung der schlimmsten Notstände der Nachkriegsjahre unter dem Einfluß der steigenden Wirtschaftskonjunktur stark ab. Im Jahr 1962 betrug der Dichtewert nur noch 12,0.

Die zu beobachtende Fluktuation im Kreis der Unterstützungsempfänger war unter anderem bedingt durch den Zustrom von Heimatvertriebenen und Zugewanderten aus der SBZ, durch das Zurücktreten der kriegsbedingten gegenüber der allgemeinen Fürsorge im Zuge der gesetzlichen Reformen, sowie durch die verbesserten Erwerbsmöglichkeiten.

Trotz der wesentlich verringerten Zahl der Betreuten wurde 1962 eine Summe von 628 000 DM (15,81 DM pro Kopf der Bevölkerung) für die in offener Fürsorge laufend unterstützten Personen ausgegeben, das sind rund 25% mehr als im Vergleichsjahr 1952.

Diese Ausgabenerhöhung ist im wesentlichen auf die Anhebung der Fürsorgesätze aber auch auf den Wechsel im Kreis der Unterstützungsempfänger und die andersartigen Leistungen zurückzuführen.

Leistungen der Sozialhilfe

Jahr	Aufwand in DM ¹⁾						Empfänger ²⁾					
	Hilfe		insgesamt	davon Hilfe		von Hilfe	insgesamt		davon Hilfe			
	außerhalb v. Anstalten	in Anstalten		zum Lebensunterhalt	in besonderen Lebenslagen		außerhalb v. Anstalten	in Anstalten	zum Lebensunterhalt	in besonderen Lebenslagen		
1953	560 929	242 103	803 032	651 105	151 927	861 ³⁾	282	1 111 ³⁾	797 ³⁾	462		
1964	595 004	175 593	770 597	634 294	136 303	618	269	856	540	496		
1965	610 676	216 016	826 692	668 380	158 312	612	293	877	563	526		
1966	728 039	225 043	953 082	774 184	178 898	560	264	796	490	483		
1967	787 067	260 746	1 047 813	830 582	217 231	532	255	766	480	460		
1968	756 234	293 931	1 044 165	792 034	252 131	604	282	852	530	537		
1969	826 202	295 391	1 121 593	822 338	299 255	591	316	864	503	617		
1970	954 789	386 094	1 340 883	985 413	355 470	637	296	891	506	588		
1971	1 071 052	403 277	1 474 329	1 109 013	365 316	593	291	850	478	570		

¹⁾ Nur örtliche Träger. - ²⁾ Örtliche und überörtliche Träger. - ³⁾ Einschließlich Empfänger von einmaliger Hilfe.

Innerhalb der genannten Jahre hatte sich der Bestand der in geschlossener Fürsorge, das heißt in öffentlichen Anstalten, Heimen und ähnlichen Einrichtungen untergebrachten Personen, für die der örtliche Träger - also das Kreissozialamt - die Kosten trug, von 284 auf 128 Fürsorgeempfänger vermindert. Diese Bestandsverminderung war in der Hauptsache eine Folge der 1953 erlassenen neuen Zuständigkeitsregelungen für Maßnahmen der außerordentlichen Anstaltspflege. Bezogen auf je 1000 der Bevölkerung beanspruchten 1952 durchschnittlich sieben Personen, 1962 dagegen nur noch knapp drei Personen Anstaltsfürsorge. Die durch diesen Personenkreis verursachte finanzielle Belastung von 8,98 DM je Einwohner im Jahr 1952 verringerte sich nur geringfügig auf 8,28 im Jahr 1962. Die Kostenentwicklung wurde hier durch die starke Erhöhung der Pflegesätze maßgeblich beeinflusst.

Im Zuge der Sozialreform ist am 30. Juni 1961 das Bundes-sozialhilfegesetz (BSHG) verkündet worden. Dieses am 1. Juli 1962 in Kraft getretene Gesetz löste die Fürsorgepflichtverordnung und die Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der Leistungen aus dem Jahr 1924 ab, die bislang die gesetzliche Grundlage der öffentlichen Fürsorge bildeten. Das BSHG sieht nicht nur Hilfe zum Lebensunterhalt, sondern auch Hilfen in besonderen Lebenslagen vor, die individuell - der Situation des Antragstellers angepaßt - geleistet werden sollen. Der Gesamtaufwand der Sozialhilfe im Stadtkreis Baden-Baden belief sich im Jahr 1963 auf 803 032 DM, wovon 651 105 DM oder rund 81% auf Hilfe zum Lebensunterhalt entfielen und nur 151 927 DM oder rund 19% auf Hilfen in besonderen Lebenslagen.

Im Jahr 1963 betrug die Zahl der Sozialhilfeempfänger außerhalb von Anstalten, denen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt wurde, 503. Der Dichtewert pro tausend Einwohner, der mit der früher errechneten Fürsorgedichte vergleichbar ist, ergab 12,6, während er im Land mit 7,5 und im Regierungsbezirk mit 8,2 wiederum wesentlich niedriger lag.

Beobachtet man die Entwicklung in den folgenden Jahren, so zeigt sich, daß die Leistungen der Sozialhilfe insgesamt weiterhin einen stark steigenden Trend aufwiesen. Im Jahr 1971 wurde eine Gesamtausgabensumme von 1 474 329 errechnet, die rund 84% über dem Stand von 1963 lag, während sich die Zahl der Empfänger insgesamt von 1111 im Jahre 1963 auf 850 im Jahre 1971 senkte. Der Aufwand für Leistungen außerhalb von Anstalten stieg von 560 929 im Jahre 1963 auf 1 071 052 DM im Jahre 1971. Die Steigerungsrate beträgt somit 90,9%. Demgegenüber sind die Leistungen für Anstaltshilfe, die sich von 242 103 DM im Jahre 1963 auf 403 277 DM im Jahre 1971 erhöhten, nur um zwei Drittel angewachsen.

Diese unterschiedliche Ausgabensteigerung hatte eine Strukturverschiebung zur Folge. Während 1963 noch 30,1% der Ausgaben auf Hilfen in Anstalten entfielen, waren es 1971 noch 27,3%. Dagegen hat sich der Anteil der Leistungen für Hilfen außerhalb von Anstalten von 69,9% auf 72,6% der Gesamtaufwendungen verstärkt.

Die Aufgliederung der Gesamtleistungen nach Hilfen zum Lebensunterhalt einerseits und nach Hilfen in besonderen Lebenslagen andererseits läßt erkennen, daß sich auch hier langfristige strukturelle Veränderungen vollzogen haben, und zwar zugunsten der Hilfen in besonderen Lebenslagen, auf die 1963 nur 18,9%, im Jahr 1971 jedoch 24,8% der Ausgaben insgesamt entfielen.

Die letztgenannte Hilfeart setzt sich im wesentlichen aus Leistungen der Krankenhilfe und der Hilfe zur Pflege zusammen, für die 1971 Beträge in Höhe von 177 518 DM beziehungsweise 132 008 DM ausgegeben wurden. Daneben fielen die Aufwendungen für die Ausbildungshilfe mit 39 800 DM und die vorbeugende Gesundheitshilfe mit 13 825 DM etwas mehr als in den vorhergehenden Jahren ins Gewicht.

Bildungswesen

Der Überblick über die Bildungseinrichtungen im Stadtkreis Baden-Baden zeigt vor allem den gegenwärtigen Stand des allgemeinen und beruflichen Schulwesens. Die meisten Angaben stammen aus den amtlichen Erhebungen im Herbst 1972. Außer den Grund-, Haupt- und Sonderschulen sind in der Tabelle alle anderen öffentlichen und privaten Schulen in Baden-Baden zusammengestellt, wobei die Zahl der Schüler nach Geschlecht sowie nach dem ständigen Wohnsitz am Schulort, in anderen Kreisen Baden-Württembergs und außerhalb Baden-Württembergs ausgewiesen sind.

Im Schuljahr 1972/73 besuchten im Stadtkreis Baden-Baden 2331 Kinder, darunter 1111 (47,7%) Mädchen, die Grundschule (Klassenstufe eins bis vier) und 1131 Kinder, darunter 551 (48,7%) Mädchen, die Hauptschule (Klassenstufe fünf bis zehn). Von den insgesamt 3462 Grund- und Hauptschülern in 113 Klassen der elf Baden-Badener Schulen (siehe Tabelle 10) werden fast alle Schüler in Jahrgangsklassen unterrichtet. Nur in den zwei eigenständigen Grundschulen in Ebersteinburg und Geroldsau konnten wegen der noch geringen Zahl von 57 und 67 Schülern erst zwei Klassen gebildet werden. Unter den 121 ausländischen Grund- und Hauptschülern sind italienische (41) und jugoslawische Kinder (36) am stärksten vertreten. 2675 (77,3%) Grund- und Hauptschüler gehören der katholischen und 708 (20,5%) der evangelischen Kirche an. Wie sehr der Fremd-

sprachenunterricht Eingang in die Hauptschule gefunden hat, läßt sich daraus ersehen, daß 706 Schüler, das sind 62,4% der Baden-Badener Hauptschüler, in 37 Klassen Englisch lernen. Schon seit Jahren ist die Zahl der Übergänge von der vierten und fünften Klassenstufe vor allem auf Gymnasien in Baden-Baden besonders hoch. Zu Beginn des Schuljahres 1972/73 traten 212 Schüler aus der vierten und elf aus der fünften Klassenstufe auf Gymnasien sowie 76 und 28 auf Realschulen über. Bezogen auf die Schülerzahl in der vierten Klassenstufe des Vorjahres (Stand: 15. Oktober 1971) entspricht dies einem relativen Anteil von 48,6% und 22,7%. Die Quote der Übergänge auf Gymnasien und Realschulen zusammen, die schon im Schuljahr 1965/66 bei 55,9% stand, erreichte jetzt 71,2%. Damit liegt Baden-Baden an erster Stelle aller neu gebildeten Kreise Baden-Württembergs vor den Stadtkreisen Heidelberg und Stuttgart. Der Durchschnitt der neun Stadtkreise beträgt 61,5%.

Für Kinder und Jugendliche, die infolge geistiger oder seelischer Besonderheiten nicht die ihnen angemessene Erziehung und Ausbildung in den allgemeinen Schulen erhalten können und deshalb in Sonderschulen nach besonderen pädagogischen und heilpädagogischen Grundsätzen unterrichtet werden müssen, bestehen im Stadtkreis Baden-Baden drei Sonderschuleinrichtungen, darunter eine private. Die öffentliche Sonderschule für lernbehinderte Kinder und Jugendliche (Waldschule) zählt 159 Schüler, darunter 66 Mädchen, die sich auf alle Klassenstufen eins bis neun verteilen, während die öffentliche Sonderschule für bildungsschwache Kinder und Jugendliche in drei Klassen 22 Schüler, darunter acht Mädchen, ausbildet. Die von Stulz-Schrieversche Waisenanstalt unterhält eine Sonderschule für Erziehungsschwierige und Lernbehinderte; 43 Jungen, darunter 19 Grundschüler, besuchen diese private Heimschule.

Die einzige Realschule in Baden-Baden führt 20 Klassen mit 650 Schülern, darunter 266 (40,9%) Mädchen und vier Ausländer. Am Ende des Schuljahres 1971/72 haben 77 Schüler, darunter 32 Mädchen, das Abschluszeugnis erworben. 52 dieser Absolventen, darunter 24 Mädchen, wollten mit der "Mittleren Reife" einen Beruf ergreifen. Sehr stark ausgebaut ist in Baden-Baden das gymnasiale Schulwesen. Drei öffentliche und zwei private Gymnasien weisen zusammen 2213 Schüler, darunter 1153 (52,1%) Mädchen, aus. Das Gymnasium Hohenbaden (Schultyp: altsprachlich mit neusprachlichem Zug) besuchen 367 Schüler, darunter 104 (28,3%) Mädchen, in 16 gemischten Klassen, das Markgraf-Ludwig-Gymnasium (mathematisch-naturwissenschaftlich mit neusprachlichem Zug) 478 Schüler, darunter 84 (13,4%) Mädchen, in vier Jungen- und 14 gemischten Klassen und das Richard-Wagner-Gymnasium (neusprachlich) 501 Schüler, darunter 306 (61,1%) Mädchen, in 21 gemischten Klassen. Von den insgesamt 1346 Schülern dieser drei öffentlichen Gymnasien sind 23 Schüler mit fremder Staatsangehörigkeit, sie kommen aus 13 verschiedenen Ländern. Unter den 600 Mädchen, welche in 22 Klassen des privaten mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasiums "Klosterschule vom Heiligen Grab" unterrichtet werden, befinden sich 16 Ausländerinnen aus neun Ländern. Diese Schule, der ein Internat mit 24 Schülerinnen angeschlossen ist, wird vom Convent der Schwestern vom Heiligen Grab unterhalten. Auch das private mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium "Pädagogium Baden-Baden" ist mit einem Heim mit 112 Schülern, darunter 51 Mädchen, verbunden. Es führt neun gemischte Klassen für 267 Schüler, darunter 79 (29,6%) Mädchen. 13 Schüler sind Ausländer aus sechs Ländern. Im Sommer 1972 erwarben 98 Schüler, darunter 39 Mädchen, an den öffentlichen Gymnasien die allgemeine Hochschulreife, und an den beiden privaten Gymnasien waren es 14 Abiturienten und 25 Abiturientinnen.

Über die Zahl der Studierenden, die im Stadtkreis Baden-Baden ihren ständigen Wohnsitz haben, gibt die Hochschulstatistik des Wintersemesters 1969/70 Auskunft. Damals waren von 413 Studierenden, die in Baden-Baden wohnten, 100 an deutschen Hochschulen außerhalb Baden-Württembergs, darunter 43 in Bayern und 15 in Nordrhein-Westfalen, die meisten in Baden-Württemberg, und zwar 252 an Universitäten, 49 an Pädagogischen Hochschulen sowie zwölf an Kunst- und Musikhochschulen unseres Landes eingeschrieben. Die Mehrzahl bevorzugt die näher gelegenen Hochschulen: 90 studierten an der Universität Freiburg, 88 an der Universität Karlsruhe, dann folgen die Universitäten Heidelberg und Mannheim mit 34 und 21 Baden-Badener Studenten und Studentinnen. Für den Besuch der Pädagogischen Hochschulen Karlsruhe und Freiburg hatten sich 35 und zehn sowie für das Studium an der Musikhochschule Karlsruhe acht entschieden. In diesem Zusammenhang sei noch auf die Ergebnisse einer Individualbefragung der studienwilligen Gymnasiasten der 13. Klassenstufe (Oberprima)

im Februar 1973 hingewiesen: Hierbei gaben von 94 Studienwilligen, die ihren ständigen Wohnsitz in Baden-Baden haben, 70 an, eine Hochschule in Baden-Württemberg besuchen zu wollen. 21 und 20 Befragte beabsichtigen, an den Universitäten Karlsruhe und Freiburg sowie 14 an Pädagogischen Hochschulen ihr Studium zu beginnen.

Das berufsbezogene Schulwesen ist in Baden-Baden entsprechend der Wirtschaftsstruktur den Anforderungen der Arbeitsbereiche angepaßt. Für die berufliche Ausbildung auf dem gewerblich-technischen Sektor gibt es die Gewerbliche Berufsschule mit 633 Schülern, darunter 111 (17,5%) Mädchen. Alle Schüler stehen in einem Ausbildungsverhältnis. Sie werden fast alle in 28 Fachklassen unterrichtet; nur 26 sind in einer Berufsgruppenklasse zusammengefaßt. Die Gruppe der Kraftfahrzeugberufe stellt mit 195 Schülern, darunter eine Schülerin, das größte Kontingent vor den 120 Vertretern, darunter 41 Mädchen, der Nahrungs- und Genussmittelberufe, meist Bäcker und Konditoren, und vor den 113 Angehörigen graphischer Berufe, darunter acht Mädchen. Dann folgen die Elektrikerberufe mit 108 Anzulernenden und die Gruppe von zwei männlichen und 59 weiblichen Friseurlehrlingen. Weiter sind Bau-metallberufe und Maschinenbauberufe mit 27 und neun Gewerbeschülern vertreten. Von den 25 ausländischen Schülern sind elf Italiener. Die durchschnittliche Wochenstundenzahl (ohne fachpraktische Übungen und Religionslehre) beträgt 6,3.

Schulen im Stadtkreis Baden-Baden
(Stand: Herbst 1972)

Schule 1)	Schüler			Von den Schülern haben ihren Wohnsitz				
	m	w	zus.	im Stadtkreis Baden-Baden	in anderen Kreisen Baden-Württembergs	außerhalb Baden-Württembergs		
Realschule Baden-Baden	384	266	650	463	71,2	187	28,8	-
Gymnasium Hohenbaden	263	104	367	281	76,6	86	23,4	-
Markgraf-Ludwig-Gymnasium	414	64	478	327	68,4	151	31,6	-
Richard-Wagner-Gymnasium	195	306	501	388	77,4	113	22,6	-
Klosterschule v. H. Grab (Privates Mädchen-gymnasium)	-	600	600	298	49,7	301	50,1	1 0,2
Pädagogium Baden-Baden (Privates Gymnasium)	188	79	267	92	34,5	134	50,1	41 15,4
Kaufmännische Berufsschule	227	430	657	214	32,6	441	67,1	2 0,3
Wirtschaftsschule	48	53	101	81	80,2	19	18,8	1 1,0
Höhere Handelsschule (Oberstufe)	11	18	29	18	62,1	11	37,9	-
Gewerbliche Berufsschule	522	111	633	230	36,3	402	63,5	1 0,2
Hauswirtschaftliche Berufsschule	-	92	92	25	27,2	67	72,8	-
Hauswirtschaftliche Berufsschule	-	39	39	25	64,1	14	35,9	-

1) Ohne Grund-, Haupt- und Sonderschulen.

Jugendlichen, die sich für eine kaufmännische Tätigkeit im Handel, in Industrie- und Handwerksbetrieben, in Banken und Versicherungen oder für Verwaltungs- und sonstige Büroberufe interessieren, vermittelt die Kaufmännische Berufsschule, die Wirtschaftsschule und die Höhere Handelsschule die notwendigen Kenntnisse. Die Kaufmännische Berufsschule in Baden-Baden zählt 657 Schüler, darunter 430 (65,4%) Mädchen, in 23 Klassen, von denen 17 Fachklassen mit 474 Schülern und sechs Berufsgruppenklassen mit 183 Schülern sind. Außer drei noch berufsschulpflichtigen weiblichen Jungangestellten stehen alle Schüler dieser Schule in einem Ausbildungsverhältnis. Die Mehrzahl der Auszubildenden gehört kaufmännischen Berufen in Banken (170 Berufsschüler, darunter 86 Mädchen), in der Verwaltung (114 Schüler, darunter 85 Mädchen) im Großhandel (96 Schüler, darunter 55 Mädchen), im Einzelhandel (81 Schüler, darunter 58 Mädchen), in der Industrie (75 Schüler, darunter 45 Mädchen) an. Dazu kommen noch 25 angehende Verkäufer und 102 Verkäuferinnen. Sieben Schüler der Kaufmännischen Berufsschule sind Ausländer. Die durchschnittliche Wochenstundenzahl (ohne Religionslehre) beläuft sich auf 9,0. Schulorganisatorisch mit dieser Teilzeitschule sind zwei Kaufmännische Berufsfachschulen mit Vollzeitunterricht verbunden. An der zweijährigen zur Fachschulreife führenden Wirtschaftsschule, die 1972/73 von 101 Schülern, darunter 53 Mädchen und zwei Ausländer, besucht wird, haben im Sommer 1972 insgesamt 41 Berufsfachschüler, darunter 18 Mädchen, das Zeugnis der Fachschulreife erhalten. Die einjähri-

ge Höhere Handelsschule, deren Besuch die Mittlere Reife oder Fachschulreife voraussetzt, zählt 29 Berufsfachschüler, darunter 18 Mädchen. Im Sommer 1972 erwarben 17 Absolventen, darunter acht Mädchen, das Abschluszeugnis.

Berufsschulpflichtige Mädchen, die eine Ausbildung in hauswirtschaftlichen Berufen anstreben oder die weder die Kaufmännische noch Gewerbliche Berufsschule besuchen, so vor allem ungelernete Arbeiterinnen in der Hauswirtschaft oder anderen Gebieten, gehen in die Hauswirtschaftliche Berufsschule. Von den 92 Schülerinnen, darunter vier Ausländerinnen, in fünf Klassen einer solchen Berufsschule in Baden-Baden haben 24 einen Ausbildungsvertrag; 51 sind ungelernete Arbeiterinnen, darunter 20 in der Hauswirtschaft, und 17 sind nicht berufstätig. Die durchschnittliche Wochenstundenzahl (ohne Religionslehre) beträgt 8,2. Die einjährige Hauswirtschaftliche Berufsschule, deren Besuch von Besuch der Berufsschule befreit, bietet 39 Mädchen eine Ausbildung in Haushaltung und Hauswirtschaft durch Vollzeitunterricht. Im Sommer 1972 erhielten 30 Schülerinnen das Abschluszeugnis. Die Krankenpflegeschule und die Kinderkrankenpflegeschule am Städtischen Krankenhaus Baden-Baden hatten im Herbst 1972 keine Schüler und Schülerinnen.

Von sonstigen der Jugend- und Erwachsenenbildung dienenden Institutionen im Stadtkreis Baden-Baden seien neben der Bildstelle, die Filme, Lichtbildserien und Vorführgeräte bereitstellt, noch die Kommunale Öffentliche Bücherei erwähnt. Die im Jahr 1900 errichtete Stadtbücherei Baden-Baden wies im Jahr 1971 einen Bücherbestand von über 42 000 Bänden auf, und die Zahl der Entleihungen stieg auf 123 700. Damit entspricht sie mit 1,4 Bänden und 3,3 Entleihungen je Einwohner den für öffentliche Büchereien geltenden Zielvorstellungen. Die im Jahr 1965 geschaffene Autobücherei versorgt mittels zehn Haltestellen das Stadtgebiet. Der Stadtbücherei ist als wissenschaftliche Sondersammlung eine "Heimäthbücherei" mit rund 5000 Bänden und das Otto-Flake-Archiv eingefügt. Die Gesamtaufwendungen betragen im Jahr 1971 306 320 DM, von denen 44 000 DM für Neuanschaffungen von Büchern ausgegeben wurden. Von der Staatskasse erhielt die Stadtbücherei einen Zuschuß in Höhe von 7000 DM.

Kulturelle Besonderheiten

Baden-Baden trat in den Gesichtskreis einer weiteren Welt durch die Römer, die sich die heißen Quellen zunutze machten, doch haben Menschen hier schon mit Sicherheit in der jüngeren Steinzeit gewohnt. Etwa um 500 vor Christus haben sich die Kelten in und rings um Baden-Baden angesiedelt, davon zeugt heute noch der Ringwall auf dem Rücken des Battert, nur wenige Meter von den Batterfelsen entfernt, eine Anlage, die zweifellos als Stütz- und Fliehpoint diente.

Mit dem etwa um 80 vor Christus erfolgten Eindringen der Römer rückte Baden-Baden in eine große Position auf. Es wurde dank der Thermen zu einem Heil- und Kurort für römische Streitkräfte. Die Zahl der Funde aus der römischen Zeit ist groß und überaus reich. Hier seien vor allem die Soldatenbäder genannt, die zur Besichtigung freigelegt wurden. Sie befinden sich am Römerplatz zwischen Friedrichsbad und Augustabad und gewähren einen Einblick in die hoch entwickelte Badetechnik der Römer. Zweifelloso weit bedeutender und wohl auch schöner dürften die von Kaiser Caracalla errichteten Kaiserbäder sein, über denen allerdings andere Bauten errichtet wurden, so daß sie heute nicht mehr sichtbar sind.

Die Römerzeit trug den Ruf der Civitas aurelia aquensis in viele Länder, umso mehr als hier Streitkräfte lagen, die aus römischen Bürgersöhnen bestanden.

Mitte des dritten Jahrhunderts erfolgten Einbrüche der Alemannen. Die später folgenden Kämpfe zwischen Franken und Alemannen, bei denen die Murg und die Oos die Grenze zwischen den beiden Stämmen wurden, haben zunächst eine Durststrecke in kultureller Beziehung geschaffen. Erst allmählich festigten sich die Verhältnisse, profilierten sich neue Entwicklungen. Um das Jahr 1000 werden die Zähringer Markgrafen von Baden (späterhin Großherzöge des Landes Baden); sie beginnen um 1100 den Bau des Schlosses Hohenbaden, des Alten Schlosses, das als mächtige Ruine über Baden-Baden emporragt. Aber schon drei Jahrhunderte später wird mit der unteren Burg begonnen, dem Neuen Schloß. Und in kurzer Entfernung von diesem Neuen Schloß entstanden die Stiftskirche, ein Jesuitenkolleg, heute Rathaus, eindringliche Zeugen einer

Zeit, in der sich Baden-Baden aufwärts entwickelte, bis der Brand im Jahre 1689 viele Zeugnisse des mittelalterlichen Baden-Baden vernichtete. Erhalten blieb aber eines der bedeutendsten Kunstwerke Baden-Badens, das Kreuz des Nikolaus Gerhaert aus Leyden, das zusammen mit dem Grabdenkmal des Markgrafen Ludwig Wilhelm, des "Türkenlouis" und einem gotischen Sakramentshäuschen einen besonderen Anziehungspunkt in der Stiftskirche darstellt. Die heutige Altkatholische Kirche mit bemerkenswerten Fenstern aus neuerer Zeit geht auf die alte Spitalkirche zurück, die 1351 errichtet wurde und den Stadtbrand ebenfalls überstand.

Eine glanzvolle Ära Baden-Badens zeichnet sich in den folgenden Baudenkmalern ab: Kurhaus (Neubau 1821/24 durch Weinbrenner), Neue Trinkhalle (1839 durch Hübsch), Kleines Theater im Neubarocken Stil mit einem der schönsten Theaterinterieurs Europas (1860), Palais Hamilton, heute Stadtsparkasse (1808 von Weinbrenner), das heute als Sitz des Oberkommandierenden der französischen Stationierungstreitkräfte benutzt, daher nicht mehr zugängliche Jagdschloß Fremersberg, Sehenswert ist die Sturzbrücke-Kapelle auf dem Michaelsberg, erbaut 1864 von Klenze.

Diese Bauten vereinen sich in der Innenstadt und in der nächsten Umgebung. Auf dem Wege nach Lichtental sieht man die heutige evangelisch-lutherische Kirche, ehemals englische Kirche im anglo-normannischen Stil sowie die russische Kirche. Am Eingang von Lichtental aber begegnet man einem ganz besonderen Bauwerk: dem Cisterzienserinnenkloster Lichtental, Baubeginn 1245, mit Klosterkirche, Fürstkapelle, Grablege der badischen Markgrafen, und einem Museum mit einer großartigen Fülle künstlerischer Arbeiten aus sieben Jahrhunderten.

Aus den neuen Ortsteilen Baden-Badens seien hier genannt: Meister Erwin-Denkmal in Steinbach, künstlerisch bemerkenswerte Häuser mittelalterlicher Prägung im Stadtkern von Steinbach und das Schloß Neuweier, ein Wasserschloß. Noch heute geht man über die Zugbrücke über den einstigen Wassergraben, heute Schloßgarten, in den Schloßhof.

Außer dem Museum des Klosters Lichtental gibt es die Städtischen Sammlungen im Torhaus des Neuen Schlosses und im Neuen Schloß selbst das Zähringer Museum. Internationalen Ruf hat die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden, daneben sind sechs private Kunstgalerien vorhanden.

Entscheidende Bedeutung besitzt Baden-Baden im aktuellen kulturellen Leben durch das eigene Theater, das von Mitte September bis Mitte Juli spielt und neben den Eigenaufführungen zahlreiche Gastspiele vermittelt, durch das Orchester Baden-Baden, das gleichfalls mit starken eigenen Leistungen hervortritt, wie es Künstler aus der ganzen Welt vermittelt. Dazu treten die bedeutenden gesellschaftlichen Veranstaltungen aller Art.

Die Spielbank Baden-Baden gilt als die schönste der Welt; in diesem Zusammenhang wird es um der prunkvoll ausgestatteten Säle Louis XIV., Louis XV., Louis XVI. und des Salons Pompadour willen genannt. In neuerer Zeit wurden das Kongreßhaus und das Haus des Kurgastes geschaffen, jenes alljährlich Stätte zahlreicher Tagungen überragender wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Bedeutung, dieses mit Unterhaltungsmöglichkeiten aller Art ausgestattet. Zu den Bauten der neueren Zeit zählt auch das Augustabad, während das danebenstehende monumentale Friedrichsbad im Jahre 1877 eingeweiht wurde. Bemerkenswert ist die reichgegliederte Renaissance-Fassade.

Einen ganzen Berg beherrschen die Anlagen des Südwestfuns, man spricht daher von der "Funkhöhe", dessen kulturelle Arbeit nicht nur nach außen strahlt, sondern auch für Baden-Baden selbst durch eine begrüßenswerte Zusammenarbeit eine wichtige Rolle spielt.

Als eine Stadt mit besonderer Strahlungskraft hat Baden-Baden immer große Künstler beherbergt: Clara Schumann, Johannes Brahms, Dostojewski, Turgenjew, um nur einige aus der Vergangenheit zu nennen. Bergengruen und Otto Flake wählten Baden-Baden als Wohnsitz; Reinhold Schneider stammte aus Baden-Baden.

Bemerkenswert ist, daß Baden-Badens Bedeutung für den mittelbadischen Raum in kultureller Hinsicht durch die besseren Verkehrsmöglichkeiten und die Strukturänderung der Bevölkerung wesentlich zugenommen hat. Neben der wachsenden Inanspruchnahme des Stadtkreises Baden-Baden als Erholungs-

raum zwischen den nördlichen und südlichen Ballungsgebieten kommt ihm in musischer Beziehung eine nicht minder bedeutende Position zu.

Politische Verhältnisse

Der Stadtkreis Baden-Baden bildet bei Landtagswahlen einen eigenen und gleichnamigen Wahlkreis. Bei Bundestagswahlen ist der Stadtkreis mit den ehemaligen Landkreisen Bühl und Rastatt im Wahlkreis Rastatt vereinigt. In den parlamentarischen Körperschaften von Land und Bund wird der Stadtkreis Baden-Baden derzeit durch vier Abgeordnete vertreten. Im Landtagswahlkreis Baden-Baden wurden bei der Wahl zum sechsten Landtag von Baden-Württemberg 1972 gewählt Camill Wurz (CDU, Erstmandat), Landtagsabgeordneter seit 1956, Vorsitzender der CDU-Fraktion 1960-1968 und seitdem Landtagspräsident sowie Willi Hüglin (SPD, Zweitmandat). Im Bundestagswahlkreis Rastatt erlangte bei der Wahl zum siebten Deutschen Bundestag 1972 Dr. Hugo Hauser (CDU, Bundestagsabgeordneter seit 1960) das Wahlkreismandat; über die Landesliste der SPD zog Dr. Renate Lepsius, die ebenfalls in diesem Wahlkreis kandidiert hatte, in den Bundestag ein.

Im Stadtkreis Baden-Baden selbst ist die CDU seit Bildung des Landes Baden-Württemberg im Jahr 1952 die stärkste Partei. Sowohl bei den Kommunal- als auch bei den Parlamentswahlen erzielte sie Stimmenanteile mit meist starkem Abstand vor der zweitstärksten Partei, der SPD. So kam die CDU bei der Landtags- und der Bundestagswahl 1972 auf jeweils stark 51%, während die SPD bei gut 37% lag. Die starke Stellung der CDU in dieser Stadt wird dadurch deutlich, daß sie bei der Bundestagswahl 1972 besser abschnitt als 1969, während im Landesdurchschnitt diese Partei Verluste hinnehmen mußte. An dritter Stelle, wenn man von den Gemeinderatswahlen einmal abstrahiert, stand jeweils die FDP/DVP mit zuletzt 10-11%. Sonstige Parteien waren im Stadtkreis Baden-Baden bislang nicht sonderlich erfolgreich; über 5% kam lediglich die NPD 1968 (vergleiche auch Tabelle 11).¹⁾

Im Gemeinderat der Stadt Baden-Baden führt Oberbürgermeister Dr. Carlein den Vorsitz. Seit der Gemeinderatswahl 1971 stellen von den 30 Stadträten die CDU zwölf, die SPD neun, die FDP/DVP fünf und die Freie Wählervereinigung vier. Keine der Gemeinderatsfraktionen verfügt demnach allein über die absolute Mehrheit.

Wohnverhältnisse

Bei der ersten Bestandsaufnahme der Wohnverhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg, der Gebäude- und Wohnungszählung im September 1950, wurden im Stadtkreis Baden-Baden rund 4600 Wohngebäude mit 10 200 Wohnungen gezählt. Bei dieser Zählung wurde auch die Frage nach Kriegsschäden an Wohngebäuden gestellt, wobei jedoch die Zahl der völlig zerstörten Gebäude nicht ermittelt wurde. Die Situation Baden-Badens brachte es mit sich, daß nur 6% aller Wohngebäude (227 Gebäude) von Kriegsschäden betroffen waren. Diese Gebäude waren jedoch 1950 zu 87% wieder hergestellt beziehungsweise aufgebaut und bewohnt.

In den folgenden Jahren wurden bis zur Gebäude- und Wohnungszählung im Oktober 1968 rund 1300 Wohngebäude erstellt. Insgesamt erhöhte sich der Gebäudebestand Baden-Badens zwischen 1950 und 1968 von 4600 um 28% auf rund 5900 Wohngebäude. Der Wohnungsbestand erhöhte sich von 10 200 Wohnungen im Jahr 1950 auf 16 800 im Oktober 1968, was einer Zunahme von etwa 64% zwischen 1950 und 1968 entspricht. Die Entwicklung der Bautätigkeit im Stadtkreis Baden-Baden blieb damit etwas hinter der durchschnittlichen Entwicklung im gesamten Land zurück; so hat sich zwischen 1950 und 1968 in Baden-Württemberg der Bestand an Wohngebäuden um 58%, der Wohnungsbestand dagegen um 90% erhöht. Die Fortschreibung der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 zum 31. 12. 1971 ergab in Baden-Baden einen Bestand von 6200 Wohngebäuden und 17 800 Wohnungen.¹⁾

Nach den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 war der Anteil der Ein- oder Zweifamilienhäuser im Stadtkreis mit 57% verhältnismäßig hoch. Rund 34% der Wohngebäude waren Mehrfamilienhäuser, etwa 8% Bauernhäuser. Damit befanden sich knapp zwei Drittel (64%) aller Wohnungen in Mehrfamilienhäusern und weniger als ein Drittel (31%) in Ein- oder

¹⁾ Ohne die Angaben für die inzwischen erfolgten Eingemeindungen.

Zweifamilienhäusern, rund 5% lagen in Bauernhäusern. Etwa 69% der Wohnungen waren Mietwohnungen gegenüber 56% im Land.

Die Neubautätigkeit in Baden-Baden zeigt sich auch in der bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 ermittelten Baualtergliederung der Wohngebäude und Wohnungen. So wurden insgesamt 35% der Wohngebäude und 39% aller Wohnungen nach der Währungsreform erbaut. Dennoch stammen 35% der Wohngebäude und 34% aller Wohnungen aus dem letzten Jahrhundert.

Nach den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung waren 1968 in Baden-Baden rund 99% aller Wohngebäude an das öffentliche Wassernetz angeschlossen. Die Bemühungen der Stadt hinsichtlich des Ausbaus von Kanalisation und Kläranlagen führten zu weiteren Verbesserungen der sanitären Ausstattung der Wohngebäude. Während 1961 noch etwa 26% der Wohngebäude eine unzureichende Abwasser- und Fäkalienbeseitigung auswiesen, ist deren Anteil bis 1968 auf 9% zurückgegangen. Rund 70% der Gebäude waren im Oktober 1968 an die öffentliche Kanalisation angeschlossen und weitere 21% besaßen eine eigene Hauskläranlage.

In den letzten Jahren allgemein festgestellte Tendenz zum Bau größerer Wohnungen zeigt sich auch in Baden-Baden. So ist der Anteil der Wohnungen mit einem, zwei oder drei Räumen (einschließlich Küche) von rund 42% im Jahr 1956 auf rund 33% im Oktober 1968 zurückgegangen. Die Wohnungen hatten durchschnittlich 4,1 Räume (einschließlich Küche) und eine Wohnfläche von 75,4 qm.

Rund zwei Drittel aller Wohnungen (65%) in der Stadt Baden-Baden waren im Oktober 1968 mit Bad und WC ausgestattet. Etwa ein Drittel (33%) aller Wohnungen besaß zudem noch eine Zentralheizung. Rund 18% der Wohnungen hatten zwar ein WC, jedoch kein Bad. Bei rund 15% der Wohnungen war nur eine Toilette ohne Wasserspülung vorhanden beziehungsweise befand sich das WC außerhalb der Wohnung, etwa auf halber Etage zwischen zwei Wohnungen. Mehr als ein Drittel (36%) der Wohnungen in Baden-Baden wurde mit Zentralheizung, ein gutes Viertel (28%) mit Einzel- oder Mehrraumöfen für Öl, Gas oder Strom und nur 36% mit Holz-Kohle-Öfen beheizt.

Die Entwicklung der Wohnverhältnisse kommt auch im Verhältnis der Zahl der Wohnungen je 10 000 Einwohner zum Ausdruck. Vor dem zweiten Weltkrieg standen in Baden-Baden 2991 Wohnungen je 10 000 Einwohner zur Verfügung. Infolge der Kriegszerstörungen und auch des Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen sank diese Quote auf 2394 im Jahr 1950 ab, erreichte aber Ende 1971 einen Stand von 3930 Wohnungen je 10 000 Einwohner.

Wirtschaftliche Leistung und Wirtschaftsstruktur

Die Wirtschaftsstruktur und die Leistung eines Kreises kommen in seinem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt am besten zum Ausdruck. Damit wird der Marktwert aller erzeugten Güter sowie der gegen Entgelt verrichteten Dienstleistungen erfaßt, und zwar - im Unterschied zur Erfassung von Produktionswerten oder Umsätzen - nach Abzug von Materialverbrauch und sonstigen Vorleistungen. Das Bruttoinlandsprodukt gibt also die eigentliche wirtschaftliche Leistung wider. Die neuesten - vorläufigen - Ergebnisse liegen für das Jahr 1970 vor. Sie sind für die Beurteilung der Wirtschaftskraft sowie für den Strukturwandel in Baden-Baden während der letzten 13 Jahre sehr aufschlußreich.

Im Jahr 1970 wurde im Stadtkreis Baden-Baden ein Bruttoinlandsprodukt von 642 Mill. DM erwirtschaftet, das waren 17 089 DM je Kopf der Wohn- und 12 822 DM je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung. Baden-Baden lag damit unter den 72 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs an siebenter beziehungsweise neunter Stelle. Der Unterschied zwischen den beiden Durchschnittsbeträgen zeigt, daß eine größere Zahl von Einpendlern aus den umliegenden Kreisen in Baden-Baden erwerbstätig ist.

Die besondere Struktur Baden-Badens kommt bei einer Aufgliederung des Bruttoinlandsprodukts nach Wirtschaftsbereichen zum Ausdruck. Die Land- und Forstwirtschaft ist kaum von Bedeutung, aber auch das Warenproduzierende Gewerbe, 1957 noch mit fast 60% am Bruttoinlandsprodukt beteiligt, erreichte 1970 nur noch knapp 31%. Dagegen hat der tertiäre Bereich immer mehr an Bedeutung gewonnen und einen überdurchschnittlichen Anteil von 68,2% erlangt. Dabei entfallen auf Handel und Verkehr 18,1% und auf die übrigen Dienstleistungen, die 1957 noch mit 25,5% beteiligt waren, 50,1%.

Die Sonderstellung Baden-Badens war demnach 1970 noch deutlicher ausgeprägt als früher. Da auch in Zukunft Gesundheitspflege und Erholung eine große Rolle spielen werden, bestehen für eine Stadt mit der spezifischen Struktur Baden-Badens auch weiterhin gute Entwicklungsaussichten.

Beitrag der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt

Wirtschaftsbereich	Baden-Baden		Baden-Württemberg		
	1970 x)		1970 x)		
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	
Land- und Forstwirtschaft	6	0,9	1,8	2 979	2,8
Warenproduzierendes Gewerbe	198	30,9	59,8	62 521	59,6
Handel und Verkehr	116	18,1	13,0	15 478	14,8
Übrige Dienstleistungen	322	50,1	25,5	23 939	22,8
Alle Bereiche	642	100,0	100,0	104 917	100,0

x) Vorläufige Ergebnisse; einschließlich Differenz zwischen Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und der Investitionssteuer.

Land- und Forstwirtschaft sowie Veterinärwesen

Bei der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1971 wurden im Stadtkreis Baden-Baden nur noch 180 land- und forstwirtschaftliche Betriebe ab 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche festgestellt, während es 1960 noch 359 waren (- 49,9%). Damit ist die Zahl der Betriebe bedeutend stärker zurückgegangen als im Durchschnitt des Landes (- 34,0%) und des Regierungsbezirks (- 30,0%). Bis auf die Größenklasse 10 bis unter 20 ha ist in sämtlichen Größenklassen sowohl die Zahl der Betriebe als auch die landwirtschaftlich genutzte Fläche rückläufig. Heute bewirtschaften nahezu zwei Drittel der 180 Betriebe im Stadtkreis eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von nur 0,5 bis unter 2 ha und knapp ein Viertel eine solche von 2 bis unter 5 ha. Die Gruppe der mittelbäuerlichen Betriebe mit 5 bis unter 20 ha stellt dagegen nur rund 9% der Betriebe. An großbäuerlichen und Großbetrieben sind im Stadtkreis Baden-Baden insgesamt nur noch drei Betriebe vorhanden (Tabelle 12).

In Anbetracht der starken Rückläufigkeit der allgemeinen Landwirtschaft in Baden-Baden ist es dringend erforderlich, die gelenkte Landschaftspflege immer stärker in den Vordergrund treten zu lassen: um einer Entwicklung begegnen zu können, die durch die rückläufige normale Landbewirtschaftung schon bedrohliche Formen im Landschaftsbild zeigte, erstellte die Stadt Baden-Baden in Zusammenarbeit mit dem Forstamt, Liegenschaftsamt, Gartenbauamt und Landwirtschaftsamt Rastatt einen Landschaftspflegeplan. Der Schwerpunkt dieser Planung besteht in der Sicherung der Erhaltung der Stadtrandgebiete im Mittel- und Ostteil der Gemarkung einschließlich der ausgedehnten Wald- und Wiesentäler. Maßgebend für alle in diesem Landschaftspflegeplan niedergelegten Überlegungen war die immer schon betonte Doppelfunktion Baden-Badens als gewerblicher Zentralort und als Kurstadt. Die Bemühungen, der grundlegenden Voraussetzung zu entsprechen, die gesamten angesprochenen Stadtrandzonen in einer klaren Bauleitplanung im Griff zu behalten, wurden belohnt: die Stadt Baden-Baden hat heute etwa 100 ha Jungviehweide, die Jahr für Jahr von drei viehhaltenden Betrieben aus dem Kreis Rastatt mit durchschnittlich 100 Tieren besetzt werden. Ebenfalls wurden zum Teil mit Gestattungsverträgen größere Flächen für die Schafhaltung bereitgestellt sowie die Errichtung eines Schafhofes geplant. Die Schafhaltung soll in der kombinierten Form der Koppel- und Wanderschafhaltung durchgeführt werden.

Durch die Eingemeindungen von Ebersteinburg, Neuweier, Steinbach und Varnhalt wurde die für Baden-Baden typische Erholungslandschaft beträchtlich erweitert. In den nächsten Jahren soll die Rebfläche - derzeit rund 360 ha umfassend - um etwa 70 bis 80 ha erweitert werden. Die Rebflurbereinigung der Stadtteil Neuweier, Steinbach und Varnhalt ist teilweise abgeschlossen; neue Verfahren stehen zur Durchführung an. Die allgemeine Flurbereinigung der Gemarkung Steinbach ist zur Zeit im Gange.

Im Verlauf der Weiterführung der Gemeinderreform wird er-
wogen, die Gemeinden Sandweier und Haueneberstein in den Planungsbereich der Stadt Baden-Baden mit einzubeziehen. Das würde zu einer beträchtlichen Erweiterung der Funktion

Baden-Badens als gewerblichem Zentralort führen. Schon heute aber weist die vergrößerte Erholungslandschaft - insbesondere in den neu eingemeindeten Stadtteilen - eine hervorragende Gastronomie auf.

Im Zusammenhang mit den strukturellen Veränderungen verdienen auch die Siedlungsmaßnahmen der Jahre 1949 bis 1971 Erwähnung, in deren Verlauf sechs bäuerliche Neusiedlungen und Aussiedlungen geschaffen wurden. Man hat dabei auf die Schaffung von Spezialbetrieben abgesehen, wie Weinbaubetriebe, Obstbaubetriebe, Grünlandbetriebe, Gärtnereibetriebe sowie Baumschulen mit Viehhaltung.

Ackerbauliche Nutzung tritt zurück

Die Wirtschaftsfläche des Kreisgebiets belief sich im Jahr 1971 auf 9800 ha; darunter waren 7100 ha (71,9%) Wald, 1100 ha (10,7%) Dauergrünland, nur 100 ha (1,1%) Ackerland und rund 100 ha (0,9%) Sonderkulturen. Nach den Angaben der mit der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung 1971 verbundenen letzten totalen Bodennutzungserhebung bestehen die Sonderkulturen aus 65 ha Obstanlagen, 7 ha Rebland sowie 20 ha Baumschulen. Die Nutzung des Ackerlandes erfolgt vornehmlich durch den Anbau von Winter- und Sommerweizen (25 ha), Körnermais (22 ha) sowie Gartengewächse (15 ha). Die Erträge auf dem Ackerland konnten in den letzten Jahren durch die Erfolge der Pflanzenzüchter und die verstärkte Anwendung von Düngemitteln insbesondere bei Weizen und Körnermais gesteigert werden.

Das häufigste Bodennutzungssystem bildet im Kreisgebiet jedoch die gemeinschaftliche Bewirtschaftung von Wiesen und Weiden oder Almen von Körperschaften des öffentlichen oder privaten Rechts (Jungviehweiden usw.). Somit fallen vier Fünftel der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf Viehweiden (52%) und Wiesen (28%). Innerhalb der letzten Jahre hat sich der Anteil der Viehweiden merklich erhöht, der der Wiesen verringert.

Die Ertragsmaßzahl, wichtigstes Kriterium für die Güte des Bodens und Klimas, liegt bei 41.

Der Wert der Bruttoproduktion des Kreises beträgt für das Wirtschaftsjahr 1971/72 rund 8,7 Mill. DM. Insgesamt gesehen konnte die landwirtschaftliche Bruttoproduktion des Kreises (ausgedrückt in DM zu jeweiligen Preisen) von 1960/61 auf 1971/72 um 53%, die Nahrungsmittelproduktion infolge Erhöhung des Marktanteils sogar um 61% gesteigert werden (Tab. 19).

Im Gegensatz zum Landesdurchschnitt, wo 1971/72 die tierischen Erzeugnisse in DM mit 58,4% und in GE sogar mit 74,5% den Hauptanteil der Nahrungsmittelproduktion bildeten, überwiegt in Baden-Baden die pflanzliche Produktion; 1971/72 in DM mit 94,3%, in GE mit 65,2%. Die wichtigsten Erzeugnisse, die im Kreis gewonnen werden, sind Getreide, Obst einschließlich Erdbeeren sowie Wein und Gemüse; ferner Schlachtvieh und sonstige tierische Erzeugnisse.

Forstwirtschaft von besonderer Bedeutung

Der Stadtkreis Baden-Baden weist eine Waldfläche von 6548 ha (ohne eingegliederten Gemeinden) auf, das sind rund 72% der Gemarkungsfläche. Die Walddichte je Einwohner beträgt 0,16 ha. Die gesamte Waldfläche liegt im Landschaftsschutzgebiet. Der städtische Wald umfaßt 5735 ha, der Staatswald 743 ha und der Kleinprivatwald (114 Waldbesitzer) 70 ha.

Der Wald liegt in einem Höhenbereich zwischen 100 m (Rheinebene) und 1002 m (Badener Höhe). Aufgrund des großen Höhenunterschiedes wechseln die klimatischen Verhältnisse innerhalb des Stadtwaldes sehr stark. Vielgestaltig sind auch die geologischen Verhältnisse. Dem Höhenbereich 350 bis 750 m über NN gehört der Tannen-Buchen (-Fichten)-Typ an; er ist vorwiegend im Alter von über 100 Jahren vorzufinden und stellt den bedeutendsten der Bestandstypen dar. In den Altersklassen 21 bis 80 Jahre umfassend, herrschen die Fichtenreinbestände beziehungsweise Fichten-Buchenbestände vor. In der Vorbergzone überwiegen die Forlen-Buchen-Waldungen; daneben sind noch Tannen-Reinbestände zu finden. Erwähnt sei noch der Douglasientyp, der im Stadtwald allein schon rund 496 ha aufweist und der Arboretumstyp mit 53 ha, der in erster Linie eine Konzession an die kurörtlichen Belange darstellt. Den größten Flächenanteil der Baumarten nimmt die Fichte mit 32% ein, gefolgt von der Tanne mit 29% und der Forle/Lärche mit 10%. Beim Laubholz beanspruchen die Buche 22%, die Eiche 4% und das sonstige Laubholz (Ahorn, Ulme, Linde, Erle) 3% der Fläche. Der Katalog der Baumarten wird

sich künftig aus Gründen der Betriebssicherheit, der Vereinfachung des Kulturbetriebs sowie einer einfacheren Pflege im wesentlichen auf die Baumarten Tanne, Buche, Ahorn, Eiche sowie auf die Fichte und die Douglasie beschränken. Die Douglasie wird dabei besonders jene Standorte einnehmen, die einst der Forle zugesprochen wurden. Für die Forle kommen nur solche Standorte noch in Frage, die relativ schneebruchsicher sind und später gute Holzqualitäten erwarten lassen. Einer Neuaufforstungsfläche von insgesamt 24,0 ha stehen 12 ha Ausstockung gegenüber; Förderungsmitel wurden hierfür nicht banspruch.

Der Waldaufschluß ist im Stadtwald mit 63 lfdm/ha als sehr gut zu bezeichnen; im Staatswald beträgt die Wegdichte 48 lfdm/ha. Die Wege dienen nicht allein der Holzabfuhr, sondern zunehmend Wanderern und Kurgästen als Spazier- und Wanderwege. Daneben sind im Stadtwald rund 67 km ausgesprochene Fußwege, im Staatswald 22 km vorhanden. Zur besseren beziehungsweise zweckmäßigeren Erschließung des Waldes wurden von 1950 bis 1971 93 130 m Wege gebaut, wozu 22 000 DM Förderungsmitel gewährt wurden.

Aus 1739 ha Wasserschutz- beziehungsweise Wasserschongebieten fließen jährlich ca. 3,6 Mill. cbm Wasser dem Verbraucher in der Stadt Baden-Baden zu. Große Bedeutung gewinnt der Wald, der teilweise bis in unmittelbare Nähe der Bebauung heranreicht, in seiner Wirkung auf die Reinerhaltung der Luft und in der Bekämpfung der Lärmbelastung. Dieser Gesichtspunkt ist besonders für die Stadt als Kur- und Bäderstadt von entscheidender Bedeutung.

10 000 bis 12 000 Waldbesucher im Durchschnitt an einem Wochenende verlangen auch entsprechende Einrichtungen. Am 31. 12. 1971 waren vorhanden: 18 Waldparkplätze mit 45 km Rundwanderwege, 13 km markierte Skiwege, ein Naturlehrpfad (7 km) und drei Terrainkurwege mit 12,2 km. Zum Ausruhen dienen 615 Sitzbänke; 24 Brunnen, 36 Hütten, zwei Liegewiesen (2,1 ha), eine therapeutische Anlage, zwei Kinderspielplätze, ein Wildgehege (14 ha) mit Rot-, Dam- und Muffelwild sind als weitere Einrichtungen zu nennen. Die Ausscheidung von fünf Naturdenkmälern (Felsen, Wasserfall, Baumgruppen) wurde angeordnet. Zur Erhaltung der Wiesentäler werden im Stadtwald rund 75 ha durch Jungviehherden beweidet. Weitere 25 ha werden auf Veranlassung des Städtischen Forstamts durch Unternehmer gemäht.

Der Stadtwald stellte in den früheren Jahren eine Haupteinahmequelle für die Stadt dar; infolge der steigenden Lohn- und Sachausgaben und der nicht nachgezogenen Holzpreise ist der Einnahmeüberschuß trotz aller nur möglichen Rationalisierungsmaßnahmen bis in die Gegenwart rückläufig.

Viehhaltung und Veterinärwesen

Der Pferdebestand hat sich nach rückläufiger Entwicklung in dem für den Pferdesport berühmten Baden-Baden wieder etwas erholt. Hingegen wurde sowohl die Rinder- als auch insbesondere die Schweinehaltung kräftig eingeschränkt: so wurden Anfang Dezember 1971 nur noch eine trächtige Zuchtsau und 114 Schweine gemeldet. Ebenfalls rückläufig war der Hühnerbestand (Tab. 16).

Im stadt-eigenen, öffentlichen Schlachthof sind zwei Tierärzte in der Fleisch- und Auslandsfleischschau tätig, die außerdem in Zusammenarbeit mit dem beamteten Tierarzt in 360 Betrieben Kontrollen bei Lebensmitteln tierischer Herkunft vornehmen. In der Stadt Baden-Baden ist eine Milchsammelstelle vorhanden. Die Milchproduktion des Einzugsgebiets Baden-Baden wird aber in Rastatt mit erfaßt¹⁾. Die Bullenhaltungen wurden vor Jahren abgeschafft, so daß ausschließlich die künstliche Besamung durchgeführt wird. Brucellose und Tuberkulose sowie Deckseuchen sind in den Beständen getilgt. Wie im Kreisgebiet Rastatt sind auch hier die Betriebe dem Rindergesundheitsdienst angeschlossen.

Industrie, Handwerk und Handel

Die Stadt Baden-Baden steht unter den neun kreisfreien Städten des Landes Baden-Württemberg flächenmäßig an sechster Stelle, hat aber die niedrigste Bevölkerungs- und Beschäftigtendichte. Für den Sektor der gewerblichen Wirtschaft kommen auf 1000 Einwohner 563 nichtlandwirtschaftlich Beschäftigte.

1) siehe: "Die Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs in Wort und Zahl", Heft 10, Landkreis Rastatt.

Bei der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung vom 27. Mai 1970 bestanden im Stadtkreis Baden-Baden 2083 Betriebe mit zusammen 21 132 tätigen Personen. Die Entwicklung seit der entsprechenden Zählung vom 6. Juni 1961, gemessen an der Veränderung der Beschäftigtenzahlen, läßt erkennen, daß die Stadt Baden-Baden die einzige Gebietseinheit des Landes Baden-Württemberg ist, die in diesem Zeitraum eine, wenn auch nur geringe, Abnahme (- 0,5%) aufweist. Die Zahl der Niederlassungen dagegen ist um rund ein Fünftel zurückgegangen.

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Stadt Baden-Baden liegt neben dem produzierenden Gewerbe auf der besonders ausgeprägten Verteilungs- und Dienstleistungswirtschaft. Bezieht man die Beschäftigten einiger ausgewählter Bereiche auf 1000 der Wohnbevölkerung, tritt das Strukturbild der Stadt deutlicher hervor (siehe Tabelle).

Wirtschaftsbereich bzw. -abteilung	Beschäftigte auf 1000 Einwohner	
	Stadtkreis Baden-Baden	Land Baden-Württemberg
Nichtlandwirtschaftlicher Bereich insgesamt	563	438
darunter		
Produzierendes Gewerbe	201	259
Private Dienstleistungen	277	126
darunter		
Handel	100	56
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	131	39
Öffentliche Dienstleistungen	80	51

Die Gesamtbeschäftigtendichte von Baden-Baden (563) liegt deutlich über dem Landesdurchschnitt (438). Im produzierenden Gewerbe fällt Baden-Baden mit 201 Beschäftigten auf 1000 Einwohner auf den 50. Rang der bisherigen 72 Stadt- und Landkreise zurück. Dagegen wird der Stadtkreis im privaten Verteilungs- und Dienstleistungsbereich nur vom Stadtkreis Ulm übertroffen. Das kommt sowohl im Handel als auch bei den Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen ganz besonders zum Ausdruck. Nicht ohne Einfluß auf die wirtschaftliche Struktur sind sicher die Kur- und Bädereinrichtungen, aber auch die Sendeanlage und Studios des Südwestfunks wirken sich hier zahlenmäßig aus.

Von den insgesamt 21 132 nichtlandwirtschaftlich Beschäftigten der Stadt Baden-Baden ist nur ein Viertel im verarbeitenden Gewerbe tätig. Mit größeren Beschäftigtenzahlen sind die chemische Industrie sowie die Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik vertreten. Diese Branchen weisen auch gegenüber der entsprechenden Zählung vom 6. Juni 1961 die höchsten Zuwachsraten auf. Mit 17,9% entfällt ein relativ hoher Beschäftigtenanteil auf den Handel, wodurch die Stadt Baden-Baden auch als Handelszentrum charakterisiert wird. Die Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen umfassen, obwohl sie eine rückläufige Entwicklung aufzeigen, nahezu ein Viertel aller Arbeitsplätze des Stadtkreises Baden-Baden.

Es gibt in der Stadt Baden-Baden unter den 2083 nichtlandwirtschaftlichen örtlichen Niederlassungen nur einen Betrieb mit mehr als 500 tätigen Personen. Rund 26% aller Arbeitsplätze des Stadtkreises werden in den 31 Betrieben mit 100 bis 499 Beschäftigten nachgewiesen. Die meisten Beschäftigten (45,3%) sind in den 351 Niederlassungen mit zehn bis 99 und etwa ein Viertel in den 1700 Betrieben mit weniger als zehn Beschäftigten.

In Verbindung mit der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung 1970 wurden erstmals die von den einzelnen Betrieben im vorangegangenen Kalenderjahr 1969 gezahlten Lohn- und Gehaltssummen erfragt. Mit einem Gesamtbetrag von rund 218 Mill. DM im Stadtkreis Baden-Baden entfallen unter Verwendung des Beschäftigtenstandes am Zählungstichtag 10 317 DM auf einen Beschäftigten. Damit liegt die Stadt Baden-Baden knapp über dem Landesdurchschnitt von 10 273 DM.

Industrie

Im September 1971 bestanden im Stadtkreis Baden-Baden 46 Industriebetriebe mit 3417 Beschäftigten. Auf 1000 Einwohner kamen 92 Industriebeschäftigte.²⁾ Damit war die Industriedichte der Stadt Baden-Baden, wie bei einem Kur- und Tagungsort von dieser Bedeutung nicht anders zu erwarten, nur etwa halb so groß wie im Durchschnitt des Landes.

1) Ohne die Angaben für die inzwischen erfolgten Eingemeindungen.

Das Schergewicht der 46 Industriebetriebe in Baden-Baden liegt nach der Zahl der Beschäftigten bei der Eisen- und Metallindustrie, und hier in der Hauptsache bei der Elektrotechnik sowie dem Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau. Im September 1971 arbeiteten in diesem Bereich 1150 Personen, das ist etwa ein Drittel aller Industriebeschäftigten.

Von der übrigen Industrie heben sich noch die chemische sowie die Holz- und Papierindustrie mit etwa gleichen Beschäftigtenanteilen von jeweils rund einem Viertel heraus. Zu diesen Branchen zählen auch zwei der größten Unternehmen Baden-Badens, die Firma Fribad (Sans Soucis Hautpflegemittel) und die 1897 gegründete Stolzenberger-Büromöbelfabrik, Firma Ludwig Mang.

In den restlichen Industriegruppen - im wesentlichen Bekleidungsindustrie sowie die Industrie der Steine und Erden - war zusammen ein Fünftel aller Industriebeschäftigten tätig.

Insgesamt ist die Zahl der Industriebeschäftigten im Stadtkreis Baden-Baden von September 1960 bis September 1971 um fast ein Drittel angestiegen. Dabei weisen sämtliche Zweige der Eisen- und Metallindustrie sowie auch die chemische Industrie einen überdurchschnittlichen Zuwachs an Beschäftigten auf. Einen Beschäftigtenrückgang hingegen verzeichneten lediglich die in Baden-Baden schwach vertretenen Industriegruppen, wie zum Beispiel die Industrie der Steine und Erden sowie die Bekleidungsindustrie.

In der Gliederung der Industriebetriebe nach Beschäftigtengrößenklassen im September 1971 zeigt sich, daß fast 60% der Industriebeschäftigten in Betrieben der Größenklassen von 20 bis 199 Beschäftigten tätig waren. Über ein Drittel entfiel auf die Betriebe mit jeweils 200 bis 999 Beschäftigten und lediglich 4% auf die restlichen Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten.

Die Industrie im Stadtkreis Baden-Baden Ende September 1971 und 1960 Betriebe mit einem und mehr Beschäftigten, ohne Versorgungsbetriebe und Baugewerbe

Industriegruppe	Betriebe		Beschäftigte		Veränderung 1971 / 1960 %
	Ende September				
	1960	1971	1960	1971	
	Anzahl				
Gesamte Industrie	56	46	2 584	3 417	+ 32,2
davon					
Eisen- und Metallindustrie	13	16	467	1 150	+ 146,3
davon					
Elektrotechnische Industrie	3	5	99	501	+ 406,1
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	5	5	258	494	+ 91,5
Übrige Eisen- und Metallindustrie	5	6	110	155	+ 40,9
Chemische Industrie	7	9	102	842	+ 725,5
Holz- und Papierindustrie	15	9	732	760	+ 3,8
darunter					
Druckerei- und Vertriebsindustrie	8	6	276	293	+ 6,2
Bekleidungsindustrie	6	6	374	314	- 16,0
Industrie der Steine und Erden	4	3	313	200	- 36,1
Sonstige	11	3	596	151	- 74,7

Die Industrie im Stadtkreis Baden-Baden nach Beschäftigtengrößenklassen Ende September 1971

Betriebe mit ... Beschäftigten	Betriebe	Beschäftigte
	Anzahl	
1		
2 - 4	4	10
5 - 9	4	26
10 - 19	6	86
20 - 49	13	496
50 - 99	9	650
100 - 199	6	882
200 - 299	2	
300 - 399	1	1 267
400 - 499	1	
500 - 999		
Insgesamt	46	3 417

Handwerk

Bei der Handwerkszählung 1968 wurden im Stadtkreis Baden-Baden 542 Betriebe mit 4697 tätigen Personen - einschließlich der Inhaber, mithelfender Familienangehörigen und Lehrlinge - gezählt. In Baden-Baden wird die Industrie, was die Beschäftigtenzahl anbelangt, damit vom Handwerk übertroffen.

Auf 1000 Einwohner kamen 121 tätige Personen im Handwerk. Damit war die Handwerksdichte in Baden-Baden wesentlich größer als im Landesdurchschnitt mit 78 Beschäftigten.

Am stärksten vertreten ist nach der Zahl der Beschäftigten das Metallgewerbe. Hierauf entfielen bei der Erhebung von 1968 rund ein Viertel der Betriebe und über ein Drittel der im gesamten Handwerk Tätigen. Von den Beschäftigten dieser Handwerksgruppe gehörten 40% dem Gewerbebereich der Kraftfahrzeugmechaniker und -elektriker an.

Das Bau- und Ausbaugewerbe hat in Baden-Baden mit knapp einem Fünftel der Betriebe und fast einem Drittel der Beschäftigten ebenfalls ein starkes Gewicht. Im Vordergrund stehen dabei die Maurer, Beton- und Stahlbetonbauer, die nahezu die Hälfte der Personen im Baugeerbe beschäftigen. Die drittgrößte Handwerksgruppe der Stadt Baden-Baden ist nach der Zahl der Beschäftigten das Nahrungsmittelgewerbe. Hierauf entfielen 12% der Betriebe und 11% aller Beschäftigten, die ausschließlich den Handwerkszweigen der Metzger, Bäcker und Konditoren angehörten. In den noch verbleibenden Gewerbegruppen war insgesamt fast ein Viertel aller Beschäftigten im Handwerk tätig.

Vergleicht man die Ergebnisse der Handwerkszählung 1968 in Baden-Baden mit denjenigen der Handwerkszählung von 1963, so zeigt sich, daß die Gesamtzahl der Beschäftigten um ein Prozent abgenommen hat, und sich die Zahl der Betriebe um 13 Prozent verringerte.

Handel und Gastgewerbe

Bei der 1968 durchgeführten Handels- und Gaststättenzählung wurden sämtliche Haupt- und sonstigen Niederlassungen von Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt im Handel oder Gastgewerbe liegt, in regionaler und fachlicher Gliederung erfaßt. Die Ergebnisse dieser Erhebung vermitteln ein umfassendes Bild über Bedeutung und Struktur der Wirtschaftsbereiche.

Zum Stichtag der Zählung wurden im Kreisgebiet 459 Niederlassungen (Arbeitsstätten) des Einzelhandels mit 2470 Beschäftigten, 111 Niederlassungen des Großhandels mit 1201 Beschäftigten und 169 Niederlassungen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes mit 2137 Beschäftigten gemeldet.

Die Arbeitsstätten des Einzelhandels setzten 1967 Waren im Wert von 151 Mill. DM um. Daraus errechnet sich ein durch-

Wirtschaftsgruppe Betriebsart	Arbeits- stätten 1968	Beschäftigte 1968	Umsatz 1967 in 1000 DM
Einzelhandel insgesamt	459	2 470	151 027
davon			
Waren verschiedener Art	3	28	1 130
Nahrungs- und Genußmittel	142	624	46 495
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	101	496	26 491
Hausrat und Wohnbedarf	46	178	8 574
Elektrotechnische, optische Erzeugnisse und Uhren	61	318	16 409
Papierwaren und Druckerzeugnisse	25	90	4 548
Pharmazeutische, kosmetische u. ä. Erzeugnisse	33	181	10 131
Kohle und Mineralerzeugnisse	12	53	3 231
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	24	455	32 358
Sonstige Waren	12	47	1 660
Großhandel insgesamt	111	1 201	182 629
darunter			
Kohle und Mineralerzeugnisse	5	25	15 287
Erze, Eisen, NE-Metalle und Halbzeug	5	45	41 820
Holz und Baustoffe	8	124	13 346
Nahrungs- und Genußmittel	25	161	34 798
Eisen-, Kunststoff-, Feinkeramik- und Holzwaren	9	36	2 795
Elektrowaren, Optik und Uhren	9	181	19 314
Fahrzeuge und Maschinen	14	275	20 568
Technischer Bedarf und Spezialbedarf verschiedener Wirtschaftszweige	10	33	2 819
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	6	144	16 239
Papier, Papierwaren und Druckerzeugnisse	7	111	8 777
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe insgesamt	169	2 137	49 377
darunter			
Hotels	42	1 144	24 535
Gasthöfe	23	108	2 747
Fremdenheime und Pensionen	14	75	1 109
Gast- und Speisewirtschaften	50	457	11 469
Cafés	18	190	4 415
Bars, Tanz- und Vergnügunglokale	7	58	2 117

schnittlicher Umsatz je Beschäftigten von 61 000 DM, der deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 66 000 DM liegt. Vom gesamten Einzelhandelsumsatz entfielen 46,5 Mill. DM oder 31% auf die Wirtschaftsgruppe Nahrungs- und Genußmittel, 32,4 Mill. DM oder 21% auf Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen und 26,5 Mill. DM oder 18% auf Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe.

Der Großhandel erzielte 1967 einen Umsatz von 183 Mill. DM. Wie beim Einzelhandel blieb der Umsatz je Beschäftigten mit 152 000 DM unter dem Landesdurchschnitt von 178 000 DM. Fast ein Viertel des Großhandelsumsatzes wurde mit dem Absatz von Erzen, Eisen, NE-Metallen und Halbzeug erzielt, fast ein Fünftel entfiel auf den Verkauf von Nahrungs- und Genußmitteln.

Vom Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, dem naturgemäß in Baden-Baden eine besondere Bedeutung zukommt, wurde ein Umsatz von 49 Mill. DM gemeldet. Das entspricht einer Umsatzquote (Umsatz 1967 pro Kopf der Wohnbevölkerung am 31. 12. 1969) von 1269 DM. Sie ist damit viermal so hoch, wie die Baden-Württembergs. Dennoch liegt der Umsatz je Beschäftigten im Gastgewerbe Baden-Badens mit 23 000 DM noch unter dem Landesdurchschnitt von 24 000 DM. Rund die Hälfte des Umsatzes im Gastgewerbe wurde in den 42 Hotels der Stadt getätigt. Es folgen mit weitem Abstand die Gast- und Speisewirtschaften mit einem Umsatzanteil von 23%.

Fremdenverkehr

Die Stadt Baden-Baden, im mittleren Schwarzwald gelegen, gehört zu den bekanntesten Heilbädern Baden-Württembergs und der Bundesrepublik. Insbesondere bei rheumatischen Erkrankungen und Nervenentzündungen, aber auch bei allen Erkrankungen des Bewegungsapparates wird Baden-Baden gerne aufgesucht. Daneben hat es sich auch zu einer führenden Kongressstadt und einem bevorzugten Ort für sportliche Veranstaltungen, wie die Internationale Große Woche mit dem berühmten Iffezheimer Pferderennen oder Tennis- und Golfveranstaltungen entwickelt. Bereits 1952/53 wurden in diesem weltberühmten Heilbad 416 000 Übernachtungen gezählt. Im Fremdenverkehrsjahr 1971/72 betrug die Zahl der Übernachtungen 856 000. Innerhalb der letzten beiden Jahrzehnte hat sich somit die Zahl der Übernachtungen mehr als verdoppelt. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der zur Verfügung stehenden Betten von rund 2700 auf 4400 oder um 62% zu.

Die internationale Bedeutung Baden-Badens findet ihren Ausdruck in dem sehr hohen Anteil der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland, auf die ungefähr jede sechste Übernachtung entfällt. Besonders stark sind die Fremden aus den Vereinigten Staaten von Amerika, aus Frankreich, der Schweiz und den Niederlanden vertreten.

Kraftfahrzeugbestand

In der vom Kraftfahrt-Bundesamt zum 1. Juli 1972 vorgenommenen Zählung wurden für die Stadt Baden-Baden 13 403 zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge ermittelt. Von diesem Gesamtbestand, in dem die Kraftfahrzeuge der Bundesbahn und Bundespost nicht enthalten sind, entfielen 12 065 oder 90% auf Personen- und Kombinationskraftwagen, 775 oder 5,8% auf Lastkraftwagen, 201 oder 1,5% auf Krafträder, 128 oder 1% auf zulassungspflichtige Zugmaschinen und 231 oder 1,7% auf Sonstige Kraftfahrzeuge.

Seit 1. Juli 1972 hat sich der gesamte Kraftfahrzeugbestand um 5775 Einheiten erhöht. Der Bestand an Personenkraftwagen ist innerhalb der letzten zehn Jahre um 6088 gestiegen und hat sich damit verdoppelt. Die Zahl der Lastkraftwagen nahm im gleichen Zeitraum um 123 oder 19% zu. Auch der Bestand zulassungspflichtiger Zugmaschinen, Fahrzeuge, die nach ihrer Bauart ausschließlich oder überwiegend zum Ziehen von Anhängern verwendet werden, nahm um 71 oder 125% zu. Im Gegensatz zu diesen teilweise beachtlichen Bestandsausweitungen war die Zahl der Krafträder von 807 am 1. Juli 1962 auf 201 am 1. Juli 1972 rückläufig. Allerdings ist sie 1972 gegenüber dem Vorjahr wieder gestiegen.

Nach dem Grad der Verbreitung an Personenkraftwagen zählt der Stadtkreis Baden-Baden mit 318 Personenkraftwagen je 1000 Einwohner gegenüber einem Motorisierungsgrad von 271 Fahrzeugen je 1000 Einwohner im Landesdurchschnitt zu den stärker motorisierten Kreisen des Landes.

Gemeindefinanzen

Das Steueraufkommen des Stadtkreises Baden-Baden ist seit 1954 von 7,2 Mill. DM auf 26,5 Mill. DM im Jahr 1972 gestiegen; auf den Einwohner bezogen bedeutet dies einen Zuwachs von 179,53 DM auf 584,02 DM. Mit dieser Kopfquote liegt Baden-Baden vor den Universitätsstädten Heidelberg (540,50 DM) und Freiburg im Breisgau (484,21 DM) an siebter Stelle unter den neun Stadtkreisen des Landes. Das Aufkommen an Gewerbesteuer im Jahr 1972 betrug 13,7 Mill. DM, davon müssen jedoch nach der Gemeindefinanzreform vom 1. Januar 1970 40% oder 4,9 Mill. DM je zur Hälfte an Bund und Land abgeführt werden. Der Stadtkreis erhält jedoch aus dem örtlichen Aufkommen aus der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer 14% oder rund 11,6 Mill. DM, sodaß er aus der Gewerbesteuer abzüglich Umlage und aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer insgesamt 20,4 Mill. DM zur Verfügung hat. Daneben beträgt das Aufkommen aus den Grundsteuern rund 4,0 Mill. DM und aus den sonstigen Steuern 2,0 Mill. DM (Tabelle 27). Mit der laufenden Zunahme des Gewerbesteueraufkommens erhöhte sich auch die Steuerkraft. Seit dem Jahr 1954 ist der Kopfbetrag von 92,27 DM auf 348,71 DM im Jahr 1972 gewachsen. Zur Erfüllung seiner kommunalen Aufgaben sind dem Stadtkreis Baden-Baden im Jahr 1972 auf Grund des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich aus der zur Verfügung stehenden Finanzmasse außerdem rund 2,3 Mill. DM Schlüsselzuweisungen zugeflossen.

Die Verschuldung des Stadtkreises Baden-Baden hat nach einem Anstieg von 9,7 auf 32,5 Mill. DM in den Jahren 1954 bis 1965, einem Rückgang bis auf 26,8 Mill. DM im Jahr 1971 und im Jahr 1972 mit 36,2 Mill. DM einen erneuten Höchststand erreicht. Mit dem Kopfbetrag von 797,48 DM steht der Stadtkreis Baden-Baden jedoch an drittletzter Stelle unter den neun Stadtkreisen des Landes vor den Städten Heilbronn (770,10 DM) und Freiburg (703,70 DM). Von den 36,2 Mill. DM Neuschulden Ende 1972 entfallen nur 9,9 Mill. DM auf sogenannte unrentierliche Schulden, das sind Schulden deren Schuldendienst den Haushalt voll belastet. Von den rentierlichen Schulden in Höhe von 26,3 Mill. DM wurden allein 19,4 Mill. DM als Darlehen an die Wirtschaftsunternehmen (Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung, sowie Verkehrsunternehmen) weitergegeben.

Zusammenfassung und Ausblick

Der Stadtkreis Baden-Baden ist bei Drucklegung dieser Schrift in Begriff sein Territorium durch Eingemeindungen weiter zu vergrößern. Nach der Eingliederung der Gemeinde Ebersteinburg und der Wiederausgliederung der alten Zähringer Gebiete von Baden und Steinbach steht die Eingliederung von Haueneberstein und Sandweier an. Mit der Gemeinde Haueneberstein ist ein Zusammenschlußvertrag schon unterzeichnet.

Baden-Baden ist eines der großen klassischen Bäder Europas. Die Stadt und die Bäder- und Kurverwaltung sind zu allen notwendigen Anstrengungen entschlossen, den Kurort nach den Erfordernissen von heute und morgen weiterzuentwickeln. Die großen Heilkräfte der Bäder, die hohen Investitionen früherer Generationen, die großen personalen Erfahrungen, der einmalige Reichtum der Landschaft (Baden-Baden verfügt über den größten kommunalen Waldbesitz der Bundesrepublik und ist jetzt auch eine bedeutende Weinbaugemeinde), der Sitz der berühmtesten Spielbank Europas und der Ruf der Baden-Badener Galopprennen sind eine wesentliche Grundlage für alle Maßnahmen, die zur weiteren Erholung der Stabilität Baden-Badens bereits angelaufen oder geplant sind. Hierzu gehört auch ein umfassendes Stadt- und Kurort-Entwicklungskonzept, das sich zur Zeit in Arbeit befindet.

Die neuen Stadtteile Ebersteinburg und Varnhalt, Neuweier, Umweg und Steinbach gliedern sich wie schon die bisherigen Stadtteile Lichtental, Oberbeuren und Geroldsau als kurörtlicher Außenbereich um den eigentlichen Kern des Kurortes, der sich in der Innenstadt befindet.

Eine bedeutende Rolle kommt dem Bereich Oos, Balg, Haueneberstein und Sandweier zu. Eine Kurstadt braucht wie jede Stadt Entwicklung; sie hat wachsenden Bedarf an Wohn- und gewerblichen Flächen und städtischer Infrastruktur. Diejenigen Flächen, die im kurörtlichen Bereich, das heißt östlich des Stadtbahnhofes, nicht untergebracht werden können, müssen, wenn die Anstrengungen zur Modernisierung des Kurortes Sinn und Erfolg haben sollen, zwingend im Westen der Stadt angesiedelt werden, die sogar mit der Möglichkeit, daß auch hier ein neuer zweiter Stadtkern heranwächst.

Tabelle 1: Bevölkerungsbilanz 1950 bis 1971

Jahr	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuf bzw. Defizit (+/-)	Zu- / Fortzüge		Wanderungsgewinn (+) / -verlust (-)	Zu- (+) bzw. Abnahme (-)	Bevölkerung am 31. Dezember			Frauen auf 1000 Männer
				Zuzüge	Fortzüge			insgesamt	männlich	weiblich	
1950	557	451	+106	4 059	3 534	+ 525	+ 631	36 743	15 747	20 996	1 333
1952	535	412	+123	4 377	3 520	+ 857	+ 980	39 019	16 976	22 043	1 298
1954	511	471	+ 40	4 621	3 046	- 425	- 385	40 025	17 396	22 629	1 301
1956	533	508	+ 25	4 181	3 989	+ 192	+ 217	39 764	17 015	22 749	1 337
1958	563	484	+ 79	7 690	7 566	+ 124	+ 203	40 436	17 170	23 266	1 355
1960	514	580	- 66	4 052	3 990	+ 62	- 4	39 980	17 019	22 961	1 349
1961	510	509	+ 1	4 197	4 041	+ 156	+ 157	39 765	16 908	22 857	1 352
1962	538	524	+ 14	4 351	4 404	- 53	- 39	39 726	16 846	22 880	1 358
1963	537	567	- 30	4 274	4 198	+ 76	+ 46	39 772	16 888	22 884	1 355
1964	450	494	- 44	4 235	4 449	- 214	- 258	39 514	16 785	22 729	1 354
1965	465	564	- 99	4 562	4 610	- 48	- 147	39 367	16 698	22 669	1 358
1966	498	602	- 104	4 590	4 461	+ 129	+ 25	39 392	16 753	22 639	1 351
1967	429	560	- 131	3 842	4 186	- 344	- 475	38 917	16 425	22 492	1 369
1968	442	538	- 96	3 874	3 920	- 46	- 142	38 775	16 342	22 433	1 372
1969	393	566	- 173	4 116	3 866	+ 250	+ 77	38 852	16 348	22 504	1 376
1970	337	609	- 272	4 233	3 837	+ 396	+ 124	37 185	15 858	21 327	1 344
1971	309	559	- 250	3 589	3 609	- 20	- 270	36 915	15 763	21 152	1 341

Tabelle 2: Religionszugehörigkeit der Wohnbevölkerung 3)

Jahr	Wohnbevölkerung insgesamt	Davon waren		
		evangelisch	römisch-katholisch	Sonstige
1950	42 666	11 046	30 257	1 363
1961	46 871	13 720	31 328	1 823
1970	45 739	12 814	30 084	2 841

Tabelle 3: Privathaushalte 1961 und 1970

Jahr	Privat-3) haushalte insgesamt	Davon mit ... Personen				
		1	2	3	4	5 oder mehr
1961	17 496	4 969	4 923	3 484	2 338	1 782
1970	18 744	6 139	5 514	3 122	2 343	1 626
in %						
1961	17 496	28,4	28,1	19,9	13,4	10,2
1970	18 744	32,8	29,4	16,7	12,5	8,7

Tabelle 4: Altersaufbau der Wohnbevölkerung 3)

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	1961		1970	
	Personen	%	Personen	%
unter 6	3 504	7,5	3 173	6,9
6 bis unter 15	5 336	11,4	5 151	11,3
15 bis unter 21	3 948	8,4	3 803	8,3
21 bis unter 45	14 317	30,5	13 334	29,2
45 bis unter 65	13 214	28,2	11 949	26,1
65 und mehr	6 503	13,9	8 329	18,2
Insgesamt	46 871	100	45 739	100

Tabelle 5: Die Wohnbevölkerung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt am 27. Mai 1970 3)

Überwiegender Lebensunterhalt durch	Wohnbevölkerung			in % der Wohnbevölkerung insgesamt	
	insgesamt	männlich	weiblich	Stadt-kreis Baden-Baden	Land-Württemberg
Erwerbstätigkeit	18 833	11 215	7 618	41,2	42,9
Renten, Pension, Arbeitslosengeld/-hilfe usw.	9 606	3 416	6 190	21,0	14,6
Angehörige	17 300	5 323	11 977	37,8	42,5
Insgesamt	45 739	19 954	25 785	100	100

Tabelle 6: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen und Stellung im Beruf am 27. Mai 1970

Geschlecht	Erwerbstätige 3)									
	nach Wirtschaftsbereichen					nach der Stellung im Beruf				
	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonst. Wirtschaftsbereiche	Selbstständige	mit-helfende Familienangehörige	Besamte Angest. einschl. kfm u. techn. Lehrlinge	Arbeiter einschl. gewerbl. Lehrlinge		
männlich	385	4 522	1 880	5 163	1 771	159	4 953	5 067		
weiblich	548	1 806	1 777	4 858	623	1 130	4 430	2 806		
insgesamt	933	6 328	3 657	10 021	2 394	1 289	9 383	7 873		
in % der Erwerbstätigen										
	4,5	30,2	17,5	47,9	11,4	6,2	44,8	37,6		

Tabelle 7: Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle 1950 bis 1971

Jahr	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Un-ehelich Lebendgeborene auf 1000 Lebendgeborene
1950	11,7	14,5	11,8	181,3
1952	10,1	13,9	10,7	196,3
1954	8,9	12,5	11,5	158,5
1956	9,1	13,4	12,7	178,2
1958	8,3	13,8	11,9	117,2
1960	9,5	12,8	14,5	122,6
1961	9,5	12,8	12,8	109,8
1962	9,5	13,5	13,1	178,4
1963	8,2	13,4	14,2	126,6
1964	8,2	11,3	12,4	102,2
1965	7,9	11,7	14,2	101,1
1966	8,8	12,6	15,2	118,5
1967	8,1	10,9	14,2	123,5
1968	8,7	11,3	13,8	108,6
1969	8,0	10,1	14,5	114,5
1970	8,0	8,6	15,6	106,8
1971	7,9	8,3	15,0	129,4
1971 dagegen				
S. Baden	6,7	13,6	10,2	62,2
B.-Würtbg.	6,7	13,7	10,3	51,4

Tabelle 8: Säuglingssterblichkeit Gleitender 3 - Jahresdurchschnitt 1950 bis 1970

Jahr	Gestorbene im 1. Lebensjahr	Auf 1000 Lebendgeborene		
		Stadt-kreis Baden-Baden	Reg. Bez. Süd-baden	Baden-Württemberg
1950	30	51,4	49,6	51,3
1952	18	33,6	43,3	44,9
1954	19	36,1	38,7	39,0
1956	14	25,3	34,4	34,5
1958	15	27,1	31,8	32,1
1960	15	29,2	29,6	29,8
1961	14	26,9	28,6	28,6
1962	13	24,6	27,6	27,0
1963	13	25,6	26,0	25,2
1964	11	22,7	24,7	24,1
1965	10	21,2	22,6	22,8
1966	9	19,4	20,7	21,9
1967	10	21,9	19,1	21,0
1968	9	21,4	19,0	21,0
1969	9	23,0	19,2	21,1
1970	9	26,0	19,3	21,2

Tabelle 9: Wohngebäude und Wohnungen 1961 bis 1972 Stand jeweils am 31. Dezember

Jahr	Wohngebäude	Wohnungen	
		Bestand	1961 = 100
1961	5 671	15 009	100,0
1963	5 909	15 694	104,6
1965	6 117	16 604	110,6
1968	5 948	16 968	113,1
1969	6 026	17 225	114,8
1970	6 096	17 526	116,8
1971	6 180	17 805	118,6
1972	6 234	18 150	120,9

Tabelle 10: Öffentliche und private Grund- und Hauptschulen des Kreises Stand 16. Oktober 1972

Schulart	Schulen	Klassen	Schüler			Schüler je Klassen
			männlich	weiblich	zusammen	
			%			
Grund- und Hauptschulen	5	83	1 292	1 218	2 510	30,2
davon						
Grundschulen (5)	45		712	667	1 379	30,6
Hauptschulen (5)	38		580	551	1 131	29,8
Grundschulen (eigenständig)	6	30	508	444	952	31,7
Insgesamt	11	113	1 800	1 662	3 462	30,6

Tabelle 11: Wahlergebnisse seit 1952 Wahlbeteiligung und Stimmenanteile

Schulart	Bezeichnung	Gemeinderatswahl		Landtagswahl					Bundestagswahl 2)								
		1953	1959	1952	1956	1960	1964	1968	1972	1953	1957	1961	1965	1969	1972		
		%															
Wahlbeteiligung		63,7	60,9	56,8	60,2	54,7	60,7	50,9	59,0	65,5	77,6	79,4	75,8	81,2	80,7	81,9	89,4
Stimmenanteile																	
CDU		38,9	36,2	36,2	39,4	31,4	49,7	41,4	47,9	47,5	51,1	61,6	54,3	44,0	45,9	50,8	51,6
SPD		18,9	24,8	30,2	34,1	29,9	25,7	35,5	39,1	25,4	37,3	19,7	26,0	32,8	33,5	36,6	37,3
FDP / DVP		19,1	19,7	16,8	13,0	24,3	17,1	12,5	9,9	15,4	11,1	11,2	13,2	18,5	16,4	7,7	10,0
NPD		-	-	-	-	-	-	-	-	9,0	-	-	-	-	2,1	4,2	0,7
GDP 3)		3,5	-	-	-	4,8	3,2	9,4	0,7	-	-	4,8	4,7	1,3	-	0,0	-
Sonstiges		19,6	19,3	16,9	13,6	9,6	4,2	1,3	2,5	2,6	0,6	2,6	1,8	3,5	2,0	0,7	0,4

Tabelle 12: Land- und forstwirtschaftliche Betriebe 1949, 1960 und 1971 ab 0,5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche

Jahr	Insgesamt	Davon mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von						
		0,5 bis unter 2 ha	2 bis unter 5 ha	5 bis unter 7,5 ha	7,5 bis unter 10 ha	10 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 und mehr ha
1949	494	333	119	27	9	2	4	-
1960 4)	359	254	77	13	7	3	5	-
1971 4)	180	117	43	7	2	5	2	1
Zahl der Betriebe								
Veränderung in %								
1960 / 1949	- 27,3	- 23,7	- 35,3	- 51,9	- 22,2	+ 59,0	+ 25,0	-
1971 / 1960	- 49,9	- 53,9	- 44,2	- 40,0	+ 66,7	- 60,0	-	-
Landwirtschaftliche Nutzfläche (ha)								
1949	1 071	367	353	159	76	24	92	-
1960 4)	791	264	232	72	61	32	130	-
1971 4)	520	122	134	74	61	65	69	56
Veränderung in %								
1960 / 1949	- 26,1	- 28,1	- 34,3	- 54,7	- 19,7	+ 33,3	+ 41,3	-
1971 / 1960	- 34,3	- 53,8	- 42,2	- 44,4	+ 103,1	- 46,9	-	-

Tabelle 13: Bodennutzung 1951 bis 1971 in ha

Jahr	Landwirtschaftliche Nutzfläche	Darunter				Waldfläche	Wirtschaftsfläche insgesamt
		Ackerland 6)	Gartenland	Wiesen 7)	Viehweiden 8)		
1951	1 276	267	210	739	13	7 185	9 773
1956	1 267	286	249	656	22	7 316	9 879
1957	1 225	276	254	630	20	7 317	9 874
1958	1 221	273	259	623	21	7 320	9 883
1959	1 152	260	260	564	20	7 318	9 822
1960	1 178	250	284	566	20	7 294	9 885
1961	1 206	255	300	531	24	7 303	9 894
1962	1 216	294	233	574	22	7 302	9 898
1963	1 216	279	231	593	20	7 304	9 902
1964	1 229	299	245	578	27	7 293	9 902
1965	1 209	287	222	599	27	7 287	9 887
1966	1 207	311	232	553	28	7 210	9 798
1967	1 211	308	236	557	28	7 213	9 806
1968	1 195	299	219	567	26	7 229	9 810
1969	1 210	297	214	572	27	7 240	9 828
1970	1 070	279	89 9)	190	415	7 238	9 889
1971	1 354	112					

Tabelle 16: Viehbestand 1951 - 1971 (Viehzählungen Anfang Dezember)

Jahr	Pferde	Rinder	Darunter Milchkühe	Schweine	Darunter trüchtige Zuchtsauen	Schafe	Hühner
1958	46	578	389	374	12	16	11 440
1959	52	558	403	408	20	20	9 996
1960	46	513	358	428	21	20	10 107
1961	43	581	381	542	32	22	8 617
1962	38	538	342	546	31	22	8 569
1963	33	465	325	448	21	34	7 566
1964	29	439	303	470	20	41	7 539
1965	37	425	285	334	14	31	6 960
1966	32	439	284	336	16	31	6 938
1967	41	409	264	340	21	43	8 880
1968	38	401	259	331	19	43	8 964
1969	68	312	206	187	6	96	5 093
1970	71	298	192	197	6	94	4 868
1971	71	252	153	114	1	45	4 178
Ø 1951/56	60	732	533	559	9	58	10 826
Ø 1966/71	54	352	226	251	12	59	6 487

Tabelle 17: Bruttoproduktion und Nahrungsmittelproduktion in der Landwirtschaft 1960/61 und 1971/72

Wirtschaftsjahr	Bruttoproduktion		Nahrungsmittelproduktion	
	t GE ¹⁾	1000 DM	t GE ¹⁾	1000 DM
1960/61				
Pflanzliche Produktion	5 334	4 819	3 334	3 708
Tierische Produktion	1 524	888	1 479	857
Insgesamt	6 858	5 707	4 813	4 565
1971/72				
Pflanzliche Produktion	3 744	8 309	1 224	6 929
Tierische Produktion	681	438	652	415
Insgesamt	4 425	8 747	1 876	7 344

Tabelle 18: Nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten 1970²⁾

Wirtschaftsabteilung	Zahl der	
	Arbeitsstätten	Beschäftigten
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ³⁾	234	1 348
Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau	33	4 772
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	4 395	182 492
Baugewerbe	1 678	34 247
Handel	7 944	67 312
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 172	30 512
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	914	23 360
Dienstleistungen von Unternehmen und freien Berufen	8 133	47 135
Organisationen ohne Erwerbscharakter	817	9 713
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	1 202	45 875
Insgesamt 1970	26 522	446 766
Dagegen 1961	33 107	444 153

Tabelle 19: Betriebe und Beschäftigte des Handwerks

Gewerbegruppe	Betriebe ⁴⁾			Beschäftigte			Umsatz in 1000 DM 1967
	31.3.5)	31.5.6)	Veränderung 1968/1963 in %	30.9.1967	31.5.1963	Veränderung 1967/1963 in %	
Bau und Ausbaugewerbe	100	110	- 9,1	1 448	1 545	- 6,3	42 758
Metallgewerbe	134	137	- 2,2	1 641	1 537	+ 6,8	86 879
Holzgewerbe	36	45	- 20,0	150	233	- 35,6	4 946
Bekleidungs-, Textil- und Leder-gewerbe	112	161	- 30,4	314	384	- 18,2	7 593
Nahrungsmittel-gewerbe	63	70	- 10,0	494	514	- 3,9	22 597
Gesundheits- und Körperpflege sowie chem. u. Reinigungs-gewerbe	72	71	+ 1,4	466	440	+ 5,9	7 259
Glas-, Papier-, Keramisches und sonstiges Gewerbe	25	27	- 7,4	184	105	+ 75,2	7 335
Handwerk							
insgesamt	542	621	- 12,7	4 697	4 758	- 1,3	179 367

1) GE = Getreideeinheit. - 2) Arbeitsstätten von Heimarbeitern (ohne fremde Hilfskräfte) sind hier nicht enthalten. - 3) Soweit in den Erhebungsbereich der Arbeitsstätten-zählung fallend. - 4) Einschließlich Nebenbetriebe. - 5) Nur Betriebe, die das ganze Jahr 1967 bestanden haben. - 6) Auch Betriebe, die nicht das ganze Jahr 1962 be-standen haben.

Tabelle 20: Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten 1954 bis 1971 Betriebe und Beschäftigte im Jahresdurchschnitt

Jahr	Betriebe ins-gesamt	Beschäftigte		Brutto-		Umsatz ^{1) 2)} (ohne Handelsware)	
		insgesamt	darunter Arbeiter	Lohn-summe	Gehalts-summe	ins-gesamt	darunter Ausland
1954	39	2 389	2 031	7 087	1 729	253 738	520
1955	36	2 468	2 097	7 674	1 968	289 595	697
1956	37	2 576	2 180	8 440	2 223	293 868	817
1957	37	2 641	2 216	9 037	2 577	298 754	733
1958	38	2 680	2 217	9 577	3 004	311 792	771
1959	39	2 631	2 154	10 051	3 376	245 275	828
1960	38	2 509	2 052	10 513	3 495	159 691	842
1961	40	2 771	2 226	12 233	4 588	164 157	919
1962	42	2 878	2 267	13 468	5 502	167 907	884
1963	42	2 928	2 155	13 507	7 520	79 490	2 175
1964	43	3 129	2 265	15 758	9 223	98 561	4 613
1965	43	3 201	2 293	17 132	10 369	106 674	5 240
1966	42	3 274	2 267	18 109	12 369	120 680	6 316
1967	42	3 049	2 067	17 034	12 824	115 563	5 905
1968	42	3 179	2 141	18 806	14 400	138 471	8 615
1969	42	3 448	2 340	21 742	16 868	149 287	12 865
1970	42	3 519	2 362	25 820	19 563	175 598	16 952
1971	39	3 372	2 272	27 748	21 109	187 113	18 752

Tabelle 21: Zugelassene Kraftfahrzeuge 1952 bis 1972 Bestand jeweils am 1. Juli

Jahr	Kraft-fahrzeuge insgesamt	Darunter			
		Kraft-räder	Personen-u. Kombi-nations-kraftwagen	Lastkraft-wagen	Zulassungs-pflichtige Zugmaschinen
1952	3 693	1 352	1 781	464	15
1954	4 619	1 761	2 216	533	22
1956	5 161	1 665	2 811	491	24
1958	5 460	1 299	3 511	503	36
1960	6 338	1 047	4 563	571	39
1961	6 973	939	5 251	610	47
1962	7 628	807	5 981	652	57
1963	8 280	678	6 690	702	68
1964	8 819	584	7 316	727	76
1965	9 420	490	7 941	745	81
1966	9 997	377	8 601	760	85
1967	10 348	276	9 056	741	94
1968	10 745	238	9 482	730	102
1969	11 273	209	9 992	749	109
1970	12 049	191	10 733	787	112
1971	12 731	188	11 406	793	115
1972	13 403	201	12 068	775	128
1952	95,3	34,9	46,2	19,7	0,4
1972	352,9 ³⁾	5,3	317,8	20,4	3,4
auf 1000 Einwohner kamen					
1952	79,8	41,5	22,2	9,3	6,0
1972	323,9 ³⁾	4,0	271,4	16,6	28,9

Tabelle 22: Gästeühernachtungen 1952/53, 1962/63 bis 1971/72

Berichtsort	1952/53	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1966/67	1967/68	1968/69	1969/70	1970/71	1971/72
Baden - Baden	416 363	892 790	892 705	889 484	928 325	937 321	910 649	919 577	918 547	901 347	856 255

Tabelle 23a: Offene Stellen⁴⁾

Jahr	Offene Stellen	
	ins-gesamt	darunter für Männer
1959	528	233
1960	672	344
1961	693	313
1962	643	228
1963	773	352
1964	666	274
1965	811	339
1966	646	204
1967	478	136
1968	639	253
1969	787	321
1970	780	320
1971	743	350

Tabelle 23b: Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer

Jahr	ins-gesamt	darunter Männer	Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer ⁵⁾ am 30. September						
			davon nach Staatsangehörigkeit	Italien	Griechen-land	Spanien	Türkei	Jugo-slawien	Sonstige
1959	371	294	151	1	17		4	198	
1960	763	629	295	3	50		8	407	
1961	937	772	328	5	64	2	52	486	
1962	1 164	852	363	4	95	6	123	573	
1963	1 149	865	347	7	78	23	110	584	
1964	1 574	1 201	501	9	88	83	193	700	
1965	1 643	1 155	490	6	75	27	305	740	
1966	1 405	945	393	8	73	23	357	551	
1967	1 384	902	375	3	69	46	314	577	
1968	1 621	1 067	443	5	61	54	436	622	
1969	2 029	1 311	458	7	55	65	722	722	
1970	2 362	1 551	515	9	60	122	782	874	

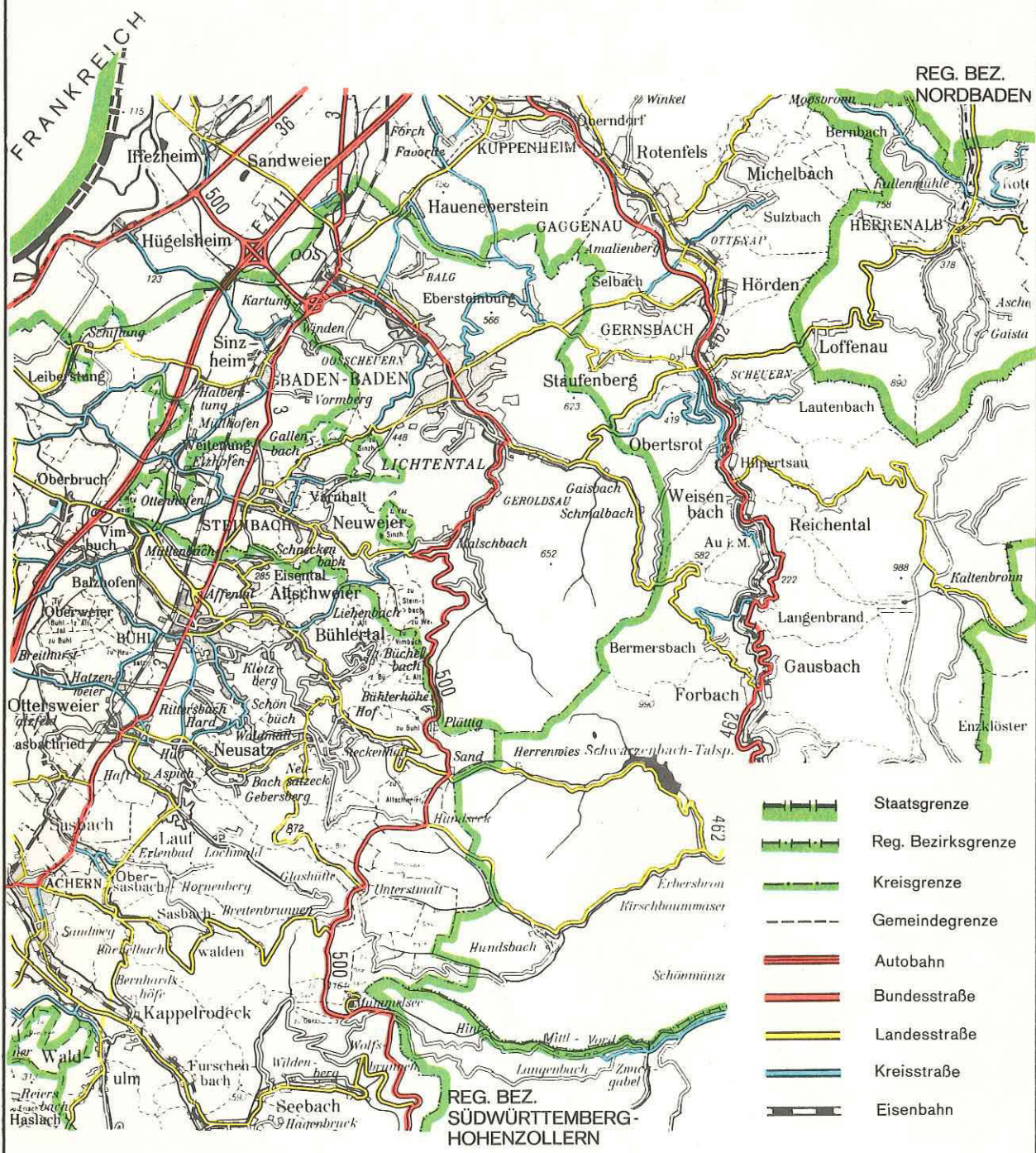
Tabelle 24: Offene Fürsorge 1952 bis 1962 Sozialhilfe⁶⁾ 1963 bis 1971

Rechnungs-jahr ⁷⁾	Laufend unterstützte Personen am Ende des Rechnungsjahres		Gesamtaufwand	
	insgesamt	auf 1000 der Be-8) völkerung	in 1000 DM	je Einwohner in DM ⁸⁾
1952	852	21,7	503	12,83
1954	902	22,4	647	16,03
1956	851	21,3	642	16,10
1958	703	17,3	630	15,49
1960	587	14,7	437	10,93
1961	540	13,6	580	14,59
1962	478	12,0	628	15,81
1963	503	12,6	508	12,77
1964	490	12,4	519	13,13
1965	507	12,9	520	13,21
1966	444	11,3	616	15,64
1967	432	11,1	669	17,19
1968	486	12,5	619	15,96
1969	464	11,9	659	16,96
1970	458	11,8	744	19,09
1971	432	11,7	840	22,75

Tabelle 25: Gemeindesteueraufkommen⁹⁾ und Realsteuerkraft der Gemeinden in den Jahren 1954 bis 1972

Rechnungsjahr	Steueraufkommen		Darunter aus			Realsteuerkraft	
	insgesamt in 1000 DM	je Einwohner in DM	Grundsteuer		Gewerbe-steuer	insgesamt in 1000 DM	je Einwohner in DM
			A	B			
1954	7 255	179,53	199	1 827	4 343	3 591	92,27
1956	6 624	160,18	143	1 657	3 770	4 710	110,04
1958	7 911	193,50	225	2 635	3 824	5 581	138,89
1960	9 196	228,66	177	2 037	5 564	5 875	128,12
1961	9 554	238,67	158	1 966	5 980	5 598	124,05
1962	10 327	257,53	187	1 967	6 659	5 859	146,54
1963	11 174	278,29	199	1 669	7 753	7 457	185,94
1964	13 988	348,38	173	2 251	9 897	7 299	181,79

Verwaltungs- und Verkehrskarte des Stadtkreises Baden - Baden



Grundkarte nach der Verwaltungs- und Verkehrskarte des Landes Baden - Württemberg 1 : 200 000
 des Landesvermessungsamts Baden - Württemberg Stand 1956
 Nachträge 1965 Ausgabe 1971

Bisher erschienen die Beschreibungen der Kreise:
 1 Tauberbischofsheim (vergriffen), 2 Müllheim (vergriffen), 3 Schwäbisch Hall, 4 Wangen, 5 Lörrach, 6 Biberach, 7 Buchen, 8 Mergentheim, 9 Mosbach, 10 Rastatt, 11 Backnang, 12 Ehingen, 13 Sinsheim, 14 Überlingen, 15/16 Ulm (Stadt und Land), 17 Freudenstadt, 18/19 Karlsruhe (Stadt und Land), 20 Crailsheim (vergriffen), 21 Donaueschingen (vergriffen), 22 Aalen (vergriffen), 23 Waiblingen, 24 Horb, 25 Bruchsal, 26 Emmendingen, 27 Göppingen, 28 Kehl, 29 Münsingen 30/31 Heilbronn (Stadt und Land), 32 Hochschwarzwald, 33/34 Pforzheim (Stadt und Land), 35 Künzelsau, 36 Konstanz (vergriffen), 37 Schwäbisch Gmünd, 38 Villingen, 39 Ravensburg, 40 Waldshut, 41 Saulgau (vergriffen), 42 Vaihingen, 43 Wolfach, 44 Rottweil, 45 Calw (vergriffen), 46 Offenburg, 47 Esslingen, 48 Hechingen, 49 Säckingen, 50 Heidenheim, 51 Reutlingen, 52 Tuttlingen, 53 Bühl, 54 Nürtingen, 55 Tübingen, 56 Lahr, 57 Ludwigsburg, 58 Sigmaringen, 59 Stockach, 60 Tettnang, 61 Öhringen, 62 Leonberg, 63 Balingen, 64 Böblingen, 65/66 Mannheim (Stadt und Land), 67/68 Heidelberg (Stadt und Land).